

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark vorwärts abwärts. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänien, Saar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Ruhrgebiet 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 80 Pfennig. Kleinanzeigen das fertige Wort 10 Pfennig (außer zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Siebenstellige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 3 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 9. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 37 138 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3.

Deutschlands Weg zum Völkerbund. Kampf um Artikel 16 in Locarno.

V. Sch. Locarno, 8. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Im Gegensatz zur gestrigen Sitzung dauerte die heutige Sitzung der Delegation auffallend lange. Erst nach drei Stunden gegen 1/6 Uhr nachmittags verließen die Delegierten das Konferenzgebäude. Auch die Art des Verfassens des Sitzungshauses mußte auffallen. Zunächst verließen die Franzosen das Gebäude, dann nach einer kleinen Pause die Italiener, sodann nach mehreren Minuten die Engländer, danach erfolgte wieder eine Pause und schließlich verließ die deutsche Delegation das Gebäude, aber ohne den Reichskanzler. Da nur noch Luther und Vandervelde fehlten, war es klar, daß die beiden Delegationsführer zu einer persönlichen Aussprache zurückgeblieben waren. Endlich verließen auch sie das Gebäude. Nun begann der Sturm der internationalen Presse nach dem Palasthotel, wo die Pressechefs der Delegationen nach dem Schluß der Sitzung das Kommuniqué auszugeben und mündlich zu erläutern pflegten. Doch war auch diesmal das Kommuniqué nichtsagend und die mündliche Erläuterung beinahe noch nichtsagender.

Am heutigen Nachmittag nahm die Sitzung einen äußerst spannenden Verlauf. Sie war ausschließlich dem Problem des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gewidmet und die Diskussion drehte sich nur um die Vorbehalte, die Deutschland gegenüber dem Artikel 16 der Völkerbundsakte erhebt, noch ehe es als Völkerbundmitglied theoretisch gezwungen werden könnte, an einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland teilzunehmen, aktiv durch Beteiligung an militärischen oder wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, passiv durch die Gewährung des Durchmarschrechts.

Indessen verursacht das Problem des Artikels 16 genug Schwierigkeiten, von denen nahezu das Schicksal der Konferenz von Locarno abhängt. Die Diskussion war diesmal sehr lebhaft. Man versuchte nicht mehr durch diplomatische Redensarten den Gegensatz zu verunsichern, sondern man hat das Problem mit aller Offenheit nach allen Richtungen erörtert und darum gekämpft. Natürlich vollzog sich die Auseinandersetzung in höflich-verbindlichen Formen. Darum darf doch nicht verhehlt werden, daß der Gegensatz nach dem Ende der Aussprache noch sehr groß war und keineswegs wird einer der beiden Teile seinen Standpunkt reiflos durchsehen können. Das gilt auch für den deutschen Vorschlag, der darauf hinausläuft, das Völkerbundssekretariat zu beauftragen, den deutschen Vorschlag bei dem Eintritt Deutschlands einfach zu registrieren. Die Alliierten erklären, daß das schon nach den Statuten des Völkerbundes unmöglich sei, weil das Sekretariat nicht das Recht besitzt, auf Wunsch eines einzelnen Mitglieds über den Kopf der anderen hinweg Erklärungen mit bindender Kraft entgegenzunehmen.

Die Alliierten haben nichts dagegen, daß Deutschland nach der Unterschrift und dem Eintritt in den Völkerbund seine Wünsche auf besondere Berücksichtigung seiner militärischen Lage im Rate vorträgt und haben übrigens schon ihre Antwort auf die deutschen Wünsche fertig. Sie haben die Möglichkeiten in der Antwort auf das deutsche Memorandum angedeutet. Man verweist dabei auf die Präzedenzfälle der Schweiz und Schweden.

Aber das genügt den Deutschen nicht. Was sie wollen, ist eine bindende Zusage vor ihrem Eintritt in den Völkerbund. Es läßt sich jedoch jetzt schon auf Grund besserer Informationen sagen, daß sie eine solche bindende Zusage kaum erhalten dürften, dagegen könnte es möglich sein, daß Deutschland ein wichtiges Zugeständnis anderer Art erhält.

Auf der zweiten Völkerbunderversammlung von 1920 ist nämlich mit Stimmenmehrheit ein Zusatzantrag angenommen worden, wonach der Rat im Einzelfall auf Antrag die besonderen Wünsche der Mitglieder des Bundes berücksichtigen konnte, nachdem ein Eingreifen beschlossen sei. Dieser Zusatzantrag wurde damals von den Engländern, Belgiern, Italienern und anderen gutgeheißen, von Frankreich aber bekämpft und abgelehnt. Infolgedessen ist er nicht in Wirksamkeit getreten. Es wird von englischer und belgischer Seite versucht, auf Frankreich dahin einzuwirken, daß es nachträglich seine Zustimmung zu diesem Amendement gebe. Es ist bisher nicht sicher, ob Briand geneigt sein wird, da er sich bei jeder Konzession ebenso wie die deutsche Delegation auf den Sturm der Nationalisten im eigenen Lager gefaßt machen muß. Sollte Frankreich doch eine solche Verpflichtung übernehmen, dann wäre für Deutschland die ganze Frage des Art. 16 befriedigend gelöst. Merkwürdigerweise ist es nicht das Problem der militärischen Garantie der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich, das die Hauptschwierigkeiten bietet, sondern diese Frage des Art. 16. Ebenso überraschend wie erfreulich ist es, daß sich die Garantiefrage auf dem besten Wege zu einer Lösung befindet. Die Zusammenkunft Luther-Briand am Mittwoch hat eine weitgehende Klärung dieser Frage ergeben und es scheint, daß der Vermittlungsvorschlag Vanderveldes unnötig geworden ist, weil Frankreich auf andere Art das schwierige Problem zu lösen bereit ist. Wenn in diesem Punkte noch keine endgültigen Beschlüsse bekanntgegeben wurden, hängt es vielleicht nur mit der Tatsache zusammen, daß die polnischen Delegierten erst heute nachmittag in Locarno eingetroffen sind, und daß Briand erst das Einverständnis Strzyzowski einholen will.

Stresemann berichtet der Presse. Locarno, 8. Oktober, mitternachts. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Stresemann erklärte lobend den Pressevertretern, daß die heutige Sitzung sehr bewegt verlaufen sei. Bei der Diskussion über Artikel 16 habe sich gezeigt, daß eine Verständigung nicht möglich war. Man habe noch Mittwoch die Hoffnung gehabt, Artikel 16 gemäß den deutschen Forderungen ändern zu können. Aber heute habe man sich einer geschlossenen Front der Alliierten gegenüber gesehen, die der deutschen Forderung ablehnend gegenüberstand. Die Erregung, die deshalb begrifflicherweise ziemlich groß gewesen sei, habe dazu geführt, daß man stellenweise im „Tribünen-ton“ gesprochen habe. Viel Arbeit und Mühe werde nötig sein, um zu einer annehmbaren Lösung zu kommen. Die Offfragen werde man bis dahin zurückstellen.

Die Ausführungen Stresemanns waren ernst gehalten, geben aber zu übertriebenem Pessimismus keinen Anlaß.

Artikel 16 des Völkerbundsvertrags.

Der so hart umkämpfte Artikel des Völkerbundsvertrags hat folgenden Wortlaut:

Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzuschneiden, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragsbrüchigen Staates zu unterjagen und alle finanziellen, handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.

In diesem Falle ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regierungen vorzuschlagen, mit welchen Land- und Seestreitkräften jedes Bundesmitglied für sein Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist.

Die Bundesmitglieder fügen sich außerdem wechselseitig Unterstützung bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu, um die damit verbundenen Verluste und Nachteile auf das Mindestmaß herabzusetzen. Sie unterstützen sich gleichfalls wechselseitig in dem Widerstand gegen jede Sondermaßnahme, die der vertragsbrüchige Staat gegen eines von ihnen richtet. Sie veranlassen alles Erforderliche, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen.

Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer aus der Sanktion entspringenden Verpflichtung schuldig macht, kann aus dem Bunde ausgeschlossen werden. Die Ausschließung wird durch Abstimmung aller anderen im Rate vertretenen Bundesmitglieder ausgesprochen.

In einer Woche alles fertig!! Locarno, 8. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Die inoffiziellen Bepfehlungen der Hauptdelegierten dürften auch in den nächsten Tagen das Mittel zur Förderung der Verhandlungen sein. Am Freitag soll der ersten Bepfehlung zwischen Luther und Briand eine zweite folgen und auch Stresemann wird seinen Gedankenaustausch mit Chamberlain fortsetzen. Es handelt sich bei allen diesen streng vertraulichen Erörterungen um die Art des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und die Garantie des Ostpaziers. Die letztgenannten Schwierigkeiten dürften schneller und leichter überwunden werden. Wenigstens soll das der übereinstimmende Eindruck Briands und Chamberlains auf Grund der privaten Gespräche sein.

Die Lösung des Ostproblems ist tatsächlich insofern leichter, als auch Benesch in seiner Unterredung mit Briand am Mittwoch die Auffassung vertreten hat, daß eine einseitige Garantie Frank-

reichs für die Sicherheit der Ostgrenzen nicht erwünscht sei und daß die Lösung im Rahmen des Völkerbundsvertrags gesucht werden muß, eine Ansicht, die auch im Juli 1925 von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zum Ausdruck gebracht wurde. Da die Hauptmächte sich dieser Meinung ebenfalls angeschlossen haben, kann über die Haltung Polens zur Ostgarantie kaum noch ein Zweifel bestehen. So ungern auch Polen auf eine vertragsmäßig über die Völkerbundsleistungen hinausgehende Sicherung verzichten möchte, so dürfte es doch nicht umhin können, sich der Auffassung der Großmächte anzuschließen, wenn es nicht Gefahr laufen will, sich zu isolieren. Es ist anzunehmen, daß Briand bereits eine entsprechende Einwirkung in der am Donnerstag abend mit dem hier eingetroffenen polnischen Außenminister geführten Unterredung ausgeübt hat.

Die Völkerkonferenz befaßte sich am Donnerstag hauptsächlich mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Alle Hauptdelegierten beteiligten sich an der Aussprache. Luther und Stresemann gaben längere Erklärungen ab, die auf alliierter Seite als Beweis dafür gedeutet werden, daß Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen sei. Jedenfalls scheinen in allen bisher noch strittigen Fragen, vor allem auch über den Charakter der abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge, große Fortschritte auf dem Wege zur Verständigung gemacht worden zu sein. Damit die einzelnen Staatsmänner die Möglichkeit haben, sich in persönlichen Besprechungen über alle Fragen in Ruhe unterhalten zu können, wurde beschlossen, am Freitag keine Plenarsitzung stattfinden zu lassen. Dagegen soll die Konferenz am Sonnabend zwei Sitzungen abhalten. Man hofft bestimmt, am Sonnabend die Verständigung der fünf an der Konferenz teilnehmenden Hauptmächte herbeiführen zu können, so daß am Montag die gemeinsamen Sitzungen mit den Polen und Tschechen beginnen dürfen.

In amtlichen englischen und französischen Kreisen erwartet man unter diesen Umständen, daß die Konferenz ihre Arbeiten wahrscheinlich bis nächsten Donnerstag erledigt haben wird. Reichskanzler Luther hat sich am Donnerstag ebenfalls dahin ausgesprochen, daß man sich über alle Fragen verständigen wird, da alle Delegationen von dem Wunsch befeuert sind, die Verständigung unter allen Umständen zu erreichen.

Die Donnerstagssitzung der Völkerkonferenz begann um 2,30 Uhr und endete um 5,35 Uhr abends. In den Beratungen nahmen die Hauptdelegierten der fünf Mächte teil, die Außenminister der Tschechoslowakei und Polens nicht. Amtlich wird über die Beratungen mitgeteilt:

Die vierte Sitzung der Konferenz war verschiedenen Fragen gewidmet, die sich aus der Teilnahme Deutschlands am Völkerbund für die eventuellen Unterzeichner des Sicherheitspaktes ergeben. Eine allgemeine Diskussion fand statt, in der die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands und Italiens den Standpunkt ihrer Regierungen darlegten. Die Konferenz wurde bis Sonnabend, den 10. Oktober, vertagt. Es wurde beschlossen, am Sonnabend zwei Sitzungen abzuhalten, und zwar um 10,30 Uhr vormittags und 2,30 Uhr nachmittags.

Darüber hinaus erfahren wir, daß man beabsichtigt, in der Vormittags- und Nachmittags-Sitzung des Sonnabends die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur abschließenden Erörterung zu stellen.

Die Unterredung Briand-Luther. Günstige Pariser Kommentare.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl über die Unterredung zwischen Luther und Briand am Mittwoch die Beteiligten nichts mitgeteilt haben, glauben die Zeitungskorrespondenten aus Locarno allerlei Einzelheiten darüber melden zu können. Aber schon die zahlreichen Widersprüche, in denen sie sich dabei ergehen, zeigen, daß es sich hier mehr um Kombinationen und Vermutungen handelt, für die alle positiven Anhaltspunkte fehlen. Einmal steht nur das eine fest, daß diese Unterredung dem ausgesprochenen Optimismus, mit dem man hier vom ersten Tage an die Erfolgsaussichten der Konferenz beurteilt hat, neue Nahrung gegeben hat. Man argumentiert hier, daß die Aussprache vom Mittwoch beiden zweifellos Gelegenheit gegeben habe, die äußerste Grenze der auf beiden Seiten möglichen Konzessionen kennen zu lernen, wodurch man der Einigung näher gekommen sei. Freilich darf darüber nicht vergessen werden, daß bis zur endgültigen Einigung noch zahlreiche und große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Jedenfalls betrachtet man hier die Aussprache Briand-Luther als das bisher wichtigste und bedeutungsvollste Ereignis der Konferenz. Als eine ihrer unmittelbaren Folgen dürfen schon jetzt mit Genugtuung die

Symptome einer wirklichen Entspannung

verzeichnet werden, wie sie in den Kommentaren der gesamten französischen Presse in Erscheinung treten. Wenn zwar die große Mehrzahl der Blätter noch an dem Standpunkt festhält, daß Frankreich weder in der Frage der automatischen Sanktion im Falle einer

Vertretung der Versäuer Artikel 42 und 43 noch hinsichtlich des von ihm beanspruchten Rechts zur bewaffneten Intervention im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen oder die Tschechoslowakei irgendwelche Konzessionen machen könne, so ist es doch andererseits für den hier eingetretenen Umschwung der Stimmung ungemein bezeichnend, wenn selbst Blätter wie der „Matin“ am Donnerstag offen und ohne Rückhalt sich zu der Überzeugung bekennen, daß nur eine deutsch-französische Verständigung auf breiter Basis Europa den Frieden sichern könne und daß diesem Ziel gegenüber alle Detailfragen von sekundärer Bedeutung seien. Sogar dem deutschen Standpunkt wird das Blatt in überraschendem Umfang gerecht, wenn es zugibt, daß das von Frankreich geforderte Recht zur Intervention in einem deutsch-polnischen Konflikt auf schwachen Füßen stehe, da die

Politik der militärischen Konventionen und die der Sicherheitsverträge schwer miteinander in Einklang zu bringen

Bei der Unterredung der beiden Staatsmänner berichtet das Blatt, die beiden Staatsmänner hätten das deutsch-französische Problem von viel höherer Warte aus behandelt. Sie seien sich darin einig gewesen, daß Deutschland und Frankreich in der Zukunft auf breiter Basis zusammenzugehen müßten, wenn sie sich nicht eines Tages von neuem bekämpfen wollten. Ein Mittelweg gebe es nicht. Wirtschaftlich ergänzen sich beide Länder in der günstigsten Weise. Durch eine gemeinsame Aktion und gestützt auf die englische Freundschaft könnten Deutschland und Frankreich nicht nur in ganz Europa den Frieden sichern, sondern auch seine Prosperität wieder herstellen. Die Fortsetzung der Feindschaft und der Zwietracht aber würde beide neuen finanziellen Katastrophen und dem wirtschaftlichen Ruin aussetzen.

Auch der „Temps“ geht im Gegensatz zu seiner früheren Haltung in seinem Verständnis für die Notwendigkeit gegenseitiger Konzessionen überraschend weit. Er schreibt, daß wenn Frankreich bei allem Entgegenkommen eine gewisse Grenze der Konzessionen nicht überschreiten könne, man andererseits in Paris sehr wohl verstehe, daß auch die deutsche Regierung dem von den Deutschnationalen bearbeiteten Teil der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse und deshalb außer der Befreiung der besetzten Gebiete im Westen auch die Möglichkeit einer späteren Revision der Ost- und Südgrenzen des Reiches offenhalten wolle. Die Hauptfrage dabei sei, daß man die absolute Gemäßheit haben müsse, daß Deutschland ebenso aufrichtig den Frieden wolle wie Frankreich und daß Luther und Stresemann von dem gleichen Geiste der Verständigung befeuert seien wie Briand. Dazu müsse Deutschland das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ohne Bedingungen und Vorbehalte anerkennen, denn erst dann sei wirklich jede Gefahr eines brüsten Angriffs aufgehoben, und erst dann sei es möglich, Vertrauen in die Absichten Deutschlands zu haben und die Situation von einem wirklich europäischen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Im Hinblick hierauf sei es besonders erfreulich, daß alle aus Locarno vorliegenden Informationen dahin übereinstimmen, daß die Unterredung zwischen Briand und Luther einen sehr guten Eindruck hinterlassen und nach der Meinung aller Beteiligten dazu beigetragen habe, den Fortgang der Verhandlungen zu erleichtern.

England erklärt Pessimismus für grundlos.

London, 8. Oktober. (Amtlicher britischer Funkdienst.) Die große Anzahl falscher Gerüchte, die seit Beginn der Konferenz in Locarno in Umlauf gesetzt worden sind, hat trotz dadurch hervorgerufener Schwierigkeiten nicht vermocht, die ausgezeichnete Stimmung, welche vom ersten Konferenztag an vorherrschend zu sein beginnt. Es sind in der Tat bereits sehr wichtige Fortschritte erzielt worden und es besteht durchaus keine Veranlassung zu irgendwelchem Pessimismus. Die Verhandlungen können natürlich nicht in einem Tage zum Abschluß gebracht werden. Aber dadurch, daß sich der feste Wunsch aller Delegationen, ein Abkommen zu erreichen, mit der vollen Erkenntnis der Folgen eines Scheitleres der Konferenz paart, ist die feste Aussicht auf ein erfolgreiches Ende gegeben.

Tschechischer Situationsbericht.

Prag, 8. Oktober. (MTB.) Der tschechoslowakische Pressebericht meldet aus Locarno: Wenn auch der Horizont noch nicht ganz klar ist, so sind doch Anzeichen vorhanden, daß die Situation bald geklärt sein dürfte. Vorläufig handelt es sich darum, daß dem Verlangen Deutschlands zu entsprechen sei, daß die notwendige (?) Garantierung der Schiedsgerichtsverträge durch Frank-

reich in Einklang mit dem Völkerbund zu bringen sei. Dabei bemüht sich Frankreich naturgemäß, eine solche Formel zu finden, durch welche die Stellung seiner östlichen Verbündeten in keiner Weise geschwächt würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine solche Formel gefunden wird, nach den Informationen unseres Berichterstatters wurden in den letzten Stunden die Beschleunigungen der Anshauungen über den Umfang der Schiedsgerichtsverträge be- seitigt. Alle beteiligten Parteien sind darin einig, daß solchen Verträgen alle nur denkbaren Streitfälle zu unterliegen hätten, wobei Streitigkeiten juristischer Art durch Schiedsgerichtsverfahren, solche politischer Art durch ein Schiedsverfahren zu schlichten seien.

Oeffentliche Gelder für Werkwohnungen. Für kinderreiche Familien ist kein Geld da.

In dem aufblühenden Industrieort Hennigsdorf, Kreis Osthavelland, entwickeln sich Zustände, die an Slaventum erinnern. Dort sind zwei große Industriewerke errichtet worden, und zwar die WEG. und das Walzwerk. Mit dem letzten haben wir uns schon einmal in Nr. 163 vom 6. April d. J. in der Ausgabe B Nr. 81 beschäftigt.

Um sich einen Stamm willensloser Arbeiter zu schaffen, errichtet die „Wem. Heimstätten-gesellschaft“ Werk- wohnungen für die Arbeiter des Walzwerks, und die Hennigsdorfer Siedlungsgesellschaft m. b. H. für die Arbeiter der WEG. Beide Gesellschaften sind Tochter- gesellschaften dieser Werke. Diese haben größere Summen aus dem Ausgleichsfonds der Hauszinssteuer von der Regierung zu Potsdam mit Umgehung der Gemeinde und des Kreisauausschusses erhalten.

Übernimmt nun ein Arbeiter eine derartige Wohnung, so ist er auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmer ausgeliefert. Verliert er aus irgend einem Grunde seine Arbeitsstelle, dann verliert er damit auch seine Wohnung. Er wird mit seiner Familie brot- und obdachlos.

In dem dortigen Walzwerk wurden kürzlich Lohnredu- zierungen vorgenommen. Das Einkommen eines Familien- vaters mit 6 Kindern ist von 60 M. auf 44 M., mit 5 Kindern von 50 M. auf 35 M. usw. pro Woche herabgesetzt worden. Würden sich diese Arbeiter nun weigern, diese Lohnreduzierung anzunehmen, so müßten sie laut Vertrag ihre Werkwohnung innerhalb 14 Tagen räumen. Und die Gerichte sanktionieren jede Räumungsflucht.

Noch nie war die Wohnungsnot in Hennigsdorf so groß, als seit der Errichtung dieser Werkwohnungen. Diesen Gesellschaften wird, so unglaublich das auch klingen mag, von der Regierung zu Potsdam geholfen, indem man ihnen Mittel aus der Hauszinssteuer für die zu errichtenden Werkwohnungen gibt. Um den Stand der vollzumachen, erklärt man gleichzeitig für kinderreiche Fa- milien: „Es ist kein Geld da!“

Trotzdem Verfügungen vom Wohlfahrtsministerium heraus- gegeben worden sind, den minderbemittelten Familien in erster Linie zu helfen, sieht man sich über diese Verfügungen einfach hinweg. Eine andere Verfügung besagt, daß Werkwohnungen nicht besetzt werden dürfen. Kennt das Wohlfahrtsministerium diese unerhörten Zustände? Durdet und bittet es diesen Stand?

Zu welchen unmöglichen Verhältnissen diese Politik führt, dafür einige Zahlen. In Hennigsdorf sind 7792 Einwohner gemeldet, mit etwa 2500 Haushaltungen. Davon hat die gem. Heimstätten-gesellschaft des Walzwerks 300 Werkwohnungen und die Hennigsdorfer Siedlungsgesellschaft der WEG. 600 Werkwohnungen errichtet. Wo fast ein Drittel sämtlicher Haushaltungen sind Werkwohnungen. Wer dort die Arbeitsstelle verliert, wird sofort wohnungslos und fällt der Wohnungsfürsorge zur Last. Auch vor dem Kriege gab es Werkwohnungen. Aber damals konnte der Arbeiter eine andere Wohnung finden. Heute ist das ausge- schlossen. Sind die Gelder, die von den Steuerzahlern zum Wohnungsbau aufgebracht werden, dazu da, um den Groß- industriellen hüf- und willenslose Arbeitsklaven zu verschaffen? Sind sie insbesondere dazu aufgebracht, um die Wohnungsnot in den Industrieorten noch zu verschärfen?

Schlusssitzungen des Barmat-Ausschusses. Vortrag über den Fall Kaufmann-Caspari.

Im Barmat-Ausschuss des Sonntags führte gestern der zweite Berichterstatter Dr. Badt (Soz.) über den Fall Kaufmann-Caspari aus: Einstimmigkeit herrschte darüber im Ausschuss, daß die Unter- suchungen nur unter dem Gesichtspunkte erfolgen konnten, inwieweit irgendwelche unzulässige politische Einflüsse bei dem Strafverfahren mitgewirkt haben. Im einzelnen waren folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat in den Fällen Barmat und Kautler eine unzu- lässige Beeinflussung des Justizministeriums im Sinne einer anderen als sachlichen Bearbeitung durch politische Be- amte stattgefunden?
2. Haben Beamte des Justizministeriums ihrerseits versucht, in unzulässiger Weise auf das Verfahren aus politischen Gesichtspunkten einzuwirken?
3. Hat das Justizministerium bei den Arbeiten des Unter- suchungsausschusses unter politischem Druck versucht, das Ergeb- nis zu verfeinern?
4. Haben Beamte der Staatsanwaltschaft von sich aus versucht, die Fälle Barmat und Kautler anders als sach- lich zu behandeln und haben sie insbesondere amtlisches Material in unzulässiger Weise an Parteien für politische Zwecke gegeben?
5. Hat die vom Regierungsdirektor Weiß zu verantwortende Durchführung unter politischen Einflüssen von Abgeordneten ge- standen, oder ist sie von ihm aus eigener Initiative unter anderen als sachlichen Gesichtspunkten vorgenommen worden? Ist von poli- tischen Persönlichkeiten versucht worden, irgendeinen Druck auf das Justizministerium auszuüben, daß Kaufmann und Caspari das Kommissorium, das nicht verlängert war, wiederereilt werde?

Der Berichterstatter geht dann ausführlich auf die zu den einzelnen Fragen gemachten Aussagen ein. Er kommt im wesent- lichen zu dem Ergebnis, daß unsachliche Einflüsse sowohl des Ministeriums wie auf das Ministerium nicht vorge- legen haben, daß auch für die Entziehung des Kommissoriums der Staatsanwälte Kaufmann und Caspari politische Einflüsse nicht maßgebend gewesen sind. Insbesondere sei kein Beweis dafür er- bracht, daß der Abgeordnete Hellmann in dieser Hinsicht gewirkt habe. Im Falle Werthauer könne als widerlegt angesehen werden, daß der Untersuchungsrichter nicht mit der Verhaftung ein- verstanden war. Aus der Beweisaufnahme habe sich dagegen er- geben, daß die Assessoren Kaufmann und Caspari, wegen seiner Un- erfahrenheit besonders der letztere, für die ihnen übertragenen schweren Aufgaben nicht geeignet waren. Kaufmann habe zugegeben, daß er Beziehungen mit den Herren Leopold, Bacmeister und Anoll unterhielt. Im übrigen seien die Aussagen Kaufmanns, auch be- züglich der Durchführung seiner Wohnung, schon aus dem ganzen Eindruck heraus zu bewerten, den er bei seiner Vernehmung vor dem Ausschuss gemacht habe.

Der Berichterstatter erklärt, daß er die Feststellungen des Aus- schusses noch nicht formulieren wolle. In einer Kategorie von Fällen werde der Ausschuss sagen müssen, er habe nicht festge- stellt, daß eine politische Einflüsse stattgefunden hat, in einer zweiten Kategorie wird er positiv feststellen können, daß politische Beeinflussungen bestimmt nicht stattgefunden haben. In einer dritten Kategorie schließlich wird sich der Ausschuss darüber zu unterhalten haben, wie weit er durch schwebende Diszi- plinarverfahren gehindert ist, Feststellungen zu treffen oder trotz dieser Verfahren Feststellungen machen kann. Zum Schluß wird es noch eine Kategorie von unterlassenen Feststellungen geben, die aus Kompetenzbedenken nicht gemacht werden können.

Damit war auch der zweite Berichterstatter mit seinem Bericht zu Ende.

Die nächste öffentliche Sitzung findet am Freitag 10 Uhr statt. Es beginnen dann die Sitzungen der Parteien.

Die deutschnationalen „Säuberer“. Vergebliche Ablenkungsversuche in der Affäre „Sächsisches Volksgesetz“.

Obwohl die Anterschlusungen der Reikner und Köpfer in ganz Deutschland das größte Mißfallen erregen, ist die sächsische bürgerliche Presse geradezu ängstlich bemüht, der Bevölkerung so wenig wie nur irgend möglich darüber zu unterbreiten. Die ein- zelnen „Baterländischen Verbände“ gehen jetzt dazu über, die Presse unter Begünstigung auf § 11 des Pressegesetzes mit sog. „Berichtigungen“ zu attackieren. So behauptet der „Stahl-

Mein Schutzgeist.

Von Swan Heilbut.

Ich weiß, daß ich nichts weiß. Das ist alles, was ich weiß. Und das ist wenig — ich weiß.

Audere Leute wissen viel mehr. Ich beneide sie darum. Aber ferne sei es von mir, meinen Reich in Spott ausschütten zu lassen. Keinen Respekt — modern sie eckliche Leute sind, das versteht sich.

Mein Uhrmacher zum Beispiel weiß viel, viel mehr. Er steht mit den Geistes der Abgeschiedenen in regelrechtem direkten Ver- tehr. Reulich, als ich mich in seiner Werkstätte befand, fing plötzlich der Teufel im Glase zu glücken an. Es kitzelte. — Hören Sie, sagte er leise und wies mit dem Zeigefinger auf den bewegten blanken Stiel — „das ist mein Schutzgeist.“ — Ich meinte bei mir, es wäre das Lastauto, das unten in der Straße fuhr. Aber ich wagte es nicht zu sagen. Es kann in der Tat ja sein Schutzgeist gewesen sein, der da lärmte — was weiß ich kleiner Mensch davon.

„Warum klappert er denn?“ fragte ich.

„Er igt uns,“ sagte der Meister. „Die Geister sind durchaus nicht trübseig — im Gegenteil, sie haben viel Humor.“

„Schade,“ meinte ich, „daß man ihm dafür keine Wischen kann. Wer ist es denn?“

„Mein verstorbenen Onkel,“ sagte er. „Er war ein Uhrmacher wie ich und immer zu Späßen aufgelegt.“

„Also habe auch ich einen Schutzgeist?“ fragte ich. „Um Himmels- willen, den bedauere ich aber. Schutzgeist eines Schriftstellers zu sein, muß kein Vergnügen sein! Alle zwei Tage geht mir die Pumpe aus. Nun, ein Verleger ist mein Schutzgeist nicht — das ist gewiß!“

„Sie scheinen den Wert eines Schutzgeistes nicht begriffen zu haben,“ sagte der Uhrmacher ernst. „Was mich betrifft, kann ich wohl sagen, daß mir der meine dreimal das Leben gerettet und mich mehrere Dutzendmal den entsetzlichsten Situationen entzogen hat. Als ich zum Beispiel vor ungefähre zwei Jahren die Reparatur einer Turm- uhr auszuführen hatte — ich bitte Sie, sich meine schwindelichte Stellung hoch oben vorzustellen — bemerkte ich, als ich pausierte (denk der Arm war mir lahm geworden), unten auf dem stillen Flieg einen jungen Mann, der mit einem jungen Mädchen vielerlei Zärtlichkeiten vor hatte. Sie glaubten sich beide unbeobachtet, denn, wie gesagt, befand sich niemand außer ihnen vor dem Portal der Kirche; die andere Seite war von Bäumen und Büschen begrenzt. Ich beschloß, in diesem Schauspiel den Aßen zu spielen, der die Nebenleute mit necklichen Aussen vermischt. Auf den Gedanken, daß auf dem Kirchturm der Uhrmacher sehe, wären sie schwerlich gekommen. Aber ich gelangte nicht dazu, mein Vorhaben auszuführen. Denn das schöne Mädchen, das sich in den Armen des Liebsten be- fand, bog sich jetzt im Entzücken der Stunde so weit zurück, daß es da viel schönere Dinge für mich zu sehen gab und ich mich hüte, die Anbacht durch ein Geräusch zu stören. Im Gegenteil! Ich hatte mich im Schauen so weit von meinem Sitz heruntergelehnt, daß ich

unsehbar im nächsten Augenblick von oben herab in die Bäume oder gar zwischen die Decken aus Pflaster gesunken wär. . . da erklang die Kirchturmuhre. Ich kam wieder zur Besinnung und rappelte mich noch mühsam in die Höhe. Fast hatte ich den letzten Haß verloren. Aber weich Wunder! Die Zeiger zeigten noch zehn Minuten vor dem Stundenschlag! Und doch hatte es geschlagen! Sagen Sie mir — wer anders kann es gewesen sein als mein Schutzgeist! — Als ich den Kopf noch einmal nach unten wandte, waren die beiden Leute verschwunden. Auch sie hatte das Schönges der Uhr aufge- schreut. Und so war alle Gefahr von mir abgewendet.“

Ich ging nach Hause, Schauer rieseln mir über den Rücken. In jeder Ecke sah ich meinen Schutzgeist. Wenn ich nur wüßte, wer es ist! Der wird sich schon belustigt haben über meine Kapriolen, die ich machte, wenn ich allein war — das heißt: mich allein glaubte. — „Wo hochst du, zum Donner?“ rufe ich und ziehe mit einem Pan- toffeln ins Leere. „Wenn du ein Mann bist, zeige dich!“ — Aber er ist wohl kein Mann, sondern eine Frau, denn er zeigt sich nicht. Er läßt mich suchen und sichert dazu, ich höre es schon mit meinen Ohren. Ich mag überhaupt nichts mehr tun, er sitzt ja immer dabei und gukt zu. Dies Vergnügen, zum Teufel, gönne ich ihm nicht.

Und während ich diese Geschichte schrieb, sah er vielleicht auf dem Korben vom Tintenfaß. Vielleicht hat auch mein Schutzgeist Humor — dann wird er sich nicht rühren, wird mich nicht zwickeln. Wenn er aber keinen Späß versteht, dann hat ihn dieser Artikel über seine Existenz wohl sehr geärgert — nun, und daran hab ich jaust meine Freude.

Für die Freiheit der Kunst lautet das Thema einer Kund- gebung, die am Sonntag um 11 Uhr vormittags im Theater am Rollendörpplatz von den wichtigsten künstlerischen Berufsver- tretungen, dem Schupoerband deutscher Schriftsteller, der Gesell- schaft deutscher Bühnengehöriger, Kartell irischer Autoren, Ver- band deutscher Volkstheater, mehreren Künstlerverbänden, dem Gauehebund usw. veranstaltet wird. Die zahlreichen Angriffe der Justiz auf das freie künstlerische Schaffen, wie sie in den Fällen Johannes Becher, Berla Dast, der Verurteilung des Schauspielers Gärtner und unlängst in dem unerhörten Polizeivergriff gegen den Dichter Corrinth zutage getreten sind, werden Redner aus den verschiedensten künstlerischen und auch politischen Lagern beschäftigen. In den meisten von diesen und ähnlichen Fällen scheint ein plan- mäßiger Angriff auf die freie Meinungsäußerung und speziell die freie künstlerische Betätigung erfolgt zu sein. Nicht die Kunst als solche soll getroffen werden, sondern die Stellung des Künstlers zu einer bestimmten politischen Anschauung. Was heute diesem oder jenem geschehen ist, kann infolge der herrschenden rechtslosen Willkür die Tätigkeit jedes geistig Schaffenden bedrohen. Wurde doch sogar unlängst einem bekannten Anwalt aus dessen Ermwand, daß auch anerkannte Werke wie Schillers „Räuber“, Goethes Hauptmanns „Weber“ oder sogar die Bibel der Justiz zum Opfer fallen könnten, von einem Richter in Roabit erwidert: „Warum nicht? Wir gehen sogar damit um, die Bibel für den allgemeinen Gebrauch zu zensurieren.“

Litauische Pressefehde wegen des russischen Akademie-Jubiläums. Die litauischen Gelehrten, welche als Vertreter der Wissenschaft ihres Landes die Feier des 200jährigen Bestehens der Russischen Akademie mitgemacht haben, veröffentlichten nach ihrer Rückkehr aus Rußland Berichte über die bei der Feier gemachten Eindrücke, welche die sowjetrussischen Zustände und besonders das Hochschulleben in außerordentlich günstigen Licht darstellten. Unter anderem hatte der litauische Professor Bagdonas in einem Artikel geäußert, daß die Wissenschaft in Rußland während der Jarenzeit seine so gerechte Stellung eingenommen hätte, wie jetzt unter der Sowjetregierung. Die litauische Presse ist mit dieser Auffassung der Delegierten sehr unzufrieden, und besonders wird Professor Bagdonas wegen der oben wiedergegebenen Behauptung scharf angegriffen. Der Sowjet- abgeordnete Mielechka veröffentlicht in der offiziellen „Litwa“ einen offenen Brief an Bagdonas, in welchem er ihm Bobhubel gegenüber Sowjetrußland vorwirft, ihn fragt, ob es ihm denn nicht bekannt sei, daß die Sowjetregierung etwa tausend russische Gelehrte habe umkommen lassen, daß zahlreiche Männer der Wissenschaft die Sowjetgefängnisse besuchten und bedeutende russische Gelehrte als Emigranten im Ausland ein elendes Dasein führen müßten. Weiter wird in dem offenen Brief behauptet, viele von der Sowjetregierung angestellte Gelehrte müßten sich mit Hungergehalteln begnügen, die Letztere ausländischer Zeitschriften ohne besondere Genehmigung werde in Sowjetrußland mit Geängnis bestraft u. dgl. m. Bag- donas sei auf die bekannten Regietnisse der Sowjetregierung herein- gefallen und er und die übrigen litauischen Delegierten hätten durch ihre „kritische Verhimmelung der Sowjetregierung“ die litauische Oeffentlichkeit aufs schwerste enttäuscht.

Professur Jolly Liebermann, ein Bruder Max Liebermanns, ist gestern an den Folgen eines Unfalls gestorben.

Albert Steinhilf, der bekannte Schandhändler, ist infolge eines älteren Zuckerlebens erkrankt und mußte ein Krankenhaus aufsuchen.

Multikronik. Der Niederabend von Werra Rurtime kann am 10. Oktober im Deutschenaal nicht stattfinden und ist am 21. November verlegt.

Der Beginn des Konzerts von Generalmusikdirektor Felly Federer (Solistin Gisa Rau) am Sonnabend, den 10. Oktober, muß um eine halbe Stunde verschoben werden. Es beginnt also um 8 Uhr anstatt um 7 1/2 Uhr.

Max Steuwig illustriert den „Jausl“. Professor Max Steuwig ist schon seit längerer Zeit mit der Schaffung eines reichen Bildschmucks zu einer großen Aufgabe besetzt, nicht nur mit dem Weiterbau illustrierter zweiten Teils von Goethes „Faust“ beschäftigt. Die Arbeit soll aus jeder- geichtesten Handlungen, halb- und ganzseitigen Kreislösungsgruppen und ein großen Radierungen, die die dramatischen Hauptmomente wiedergeben, bestehen.

Ein unbekannter Roman der Bettina. Im literarischen Nachlaß der Brüder Grimm (und Otto Raßon) bei den Bearbeitern zu einer kürzlich erschienenen Kritik-Bibliographie einen bisher unbenutzten Märchen- roman der Bettina von Arnim. Das Leben der hochgebildeten Götter- und Hallenhausbesitzerin. Das Schicksal dieses Romans ist merkwürdig genug: er wurde von Bettinas Tochter Ottilie, der Frau Hermann Grimm, be- kommen, dann aber von Bettina selbst bearbeitet, fertiggestellt und in die Druckerei gegeben. Rasthaft bleibt, warum der Roman nie erschienen ist. Im Verlag S. Martin Frankfurt, Berlin, soll das Buch nun Anfang No- vember herauskommen.

helm", Landesverband Sachsen, er habe von den verurteilten Summen keinerlei Beträge erhalten. Dazu bemerkt unser Dresdener Parteiorgan, daß man dem Staatsheim wohl den guten Glauben unterstellen könne, daß seine führenden Personen bei Empfang der Gelder nicht geneigt haben, daß es sich um verurteilte Summen handelt. Im übrigen ist unser Dresdener Parteiblatt bereit, weiteres Material zur Belegung seiner Behauptungen beizubringen und vor allem einem Hauptmann a. D. Reinhold zum Beweis seiner Behauptungen heranzuziehen. Der kommende Prozeß wird im übrigen den Beweis erbringen, daß die sog. "Vaterländischen Verbände" von den beiden vaterländischen Hochstämmen ungeheure Summen bezogen haben. Zu der Behauptung der Deutschnationalen, die beiden Desfrondanten hätten in ihrer Parteiführerrolle die beiden Desfrondanten hätten in ihrer Parteiführerrolle die beiden Desfrondanten hätten in ihrer Parteiführerrolle...

Selbst Pommern rebelliert!

Verfassungsunterricht für den Reichsinnenminister.

Die Kritik, die der Reichsschulgesetzentwurf des Reichsinnenministers erfährt, ist vernichtend. Herr Schiele muß es sich gefallen lassen, daß er auch von seinen treuesten Freunden im Stich gelassen wird. In Sachsen haben sich selbst die Deutschnationalen gegen den Entwurf gewandt. Nun wird auch die Hochburg der Deutschnationalen, Pommern, rebellisch. Der Pommersche Provinzialparlamentarierverein hat die Arbeit Schieles einstimmig abgelehnt und sagt dem deutschnationalen Innenminister in einer Resolution folgende Lebenswichtigkeiten, die die deutschnationale „Pommersche Tagespost“ boshafterweise ohne Kommentar wiedergibt:

„Die 53. Vertreterversammlung des Pommerschen Provinzial-Belehrervereins erhebt voll steifester Empörung Einspruch gegen die durch den Entwurf des Reichsschulgesetzes beabsichtigte Gefährdung der Volksschule. Sie lehnt den Entwurf ab

1. um des Vaterlandes willen, weil er — verfassungswidrig! — der Volksschule den Charakter als Staatsschule nimmt und durch die vollständige Uebergebung der Gemeinschaftsschule und die Bevorzugung der Bekennerschule die Erziehung der deutschen Schulkinder zu deutscher Volksgemeinschaft, zum Staatsbewußtsein und zu einheitlichem deutschem Volkstum erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht;

2. um des Kindes willen, weil er — verfassungswidrig! — einen gedeihlichen Ausbau des deutschen Bildungswesens zu höchster Leistungsfähigkeit verhindert, weil er durch eine ganz unhaltbare Auslegung des „geordneten Schulbetriebes“ die Einrichtung einlässlicher Schulen auch in größeren Orten unerträglich begünstigt, und weil er eine naturgemäße Entwicklung des kindlichen Geistes lediglich nach den Ergebnissen der Erziehungswissenschaft unterbindet;

3. um des Lehrers willen, weil er — verfassungswidrig! — den Lehrer in einen Zustand völliger Rechtlosigkeit zurückwirft und ihn unter härtesten Gewissenszwang stellt;

4. um der Gerechtigkeit willen, weil er nur die Volksschule der Verteilung aussetzt und ihren Ausbau fördert und nur ihre Lehrer entrechtet, während die Väter des Entwurfs für die höhere und mittlere Schule weder den Geist des Bekennnisses als Grundlage für die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit, noch die Rechte der Erziehungsberechtigten gesetzlich festzulegen für nötig halten.

In heftiger Besorgnis um die Zukunft der deutschen Volksschule und voll größten Mißtrauens gegen das Reichsministerium des Innern ruft die Vertreterversammlung alle Freunde deutscher Bildung und deutschen Volkstums zum Kampf gegen den verderblichen Entwurf auf und bittet sie, sich schützend vor ihre Volksschule zu stellen.“

Der Pommersche Lehrerverein erteilt dem deutschnationalen Innenminister also nicht nur die Zensur ungenügend, sondern auch ein Privatissimum über staatsrechtliche und Verfassungsfragen, und erklärt, daß seine Politik weder national noch deutsch ist. Feinlich! Herr Schiele wird seine Arbeit erneuern müssen. Aber ob er das Examen das zweitemal besser besteht?

Schlesiens Not.

Besichtigungszug des Ostauschusses.

Breslau, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Ostauschuss des Bundtages begann am Montag seine Besichtigungszug durch Schlesien. Am ersten Tage wurde der Ausschuss, an dessen Spitze sich acht sozialdemokratische Abgeordnete beteiligten, zunächst vom Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien in Beuthen empfangen. Der Oberpräsident wies darauf hin, daß Westerschlesien noch heute unter den wirtschaftlichen Nachwirkungen der zweieinhalbjährigen fremden Besatzungszeit leide. Damals habe die Provinz im Interesse des Gesamtstaates die Leiden auf sich genommen, so daß sie jetzt auch verlangen könne, daß der Gesamtstaat ihre Kosten zu lindern sucht. Der Oberpräsident erklärte sich schließlich als Anhänger einer strengen Durchführung der Rinderkrankheitsbestimmungen innerhalb des preussischen und deutschen Staatsgebietes.

Der Vorsitzende des Ostauschusses, Abg. Kiedel (Dem.), wies in seiner Antwort darauf hin, daß der preussische Staatshaushalt ein Defizit von 221 Millionen Mark aufweise, was den Ostauschuss in seinen Hilfsmassnahmen behindere. Soweit es dem Ausschuss möglich sei, würde er zu helfen suchen. Die Beschlüsse für Beihilfen zu oberhalbstaatlichen Zwecken seien bisher einstimmig gefaßt worden.

Anschließend sprach der Oberbürgermeister von Beuthen, der statistisches Material über die Schädigung dieser größten Grenzstadt durch die Zerstörung Oberschlesiens vorlegte. Der Oberbürgermeister machte sich zum Sprecher von Kreditwünschen der Großindustrie, die seiner Meinung nach allein eine Umstellung nicht vornehmen könne, wie sie durch die neuen Grenzen geboten sei. Bei ausreichendem billigen Staatskredit könnten z. B. Firmen wie Henckels-Donnersmarch und Giesche Erben mehrere tausend Berg- und Hüttenarbeiter mehr beschäftigen.

Dazu ist heute schon kritisch hinzuzufügen, daß solche Kreditwünsche sehr genau geprüft werden müssen. Ein Teil der ober-schlesischen Industrie, zu dem allerdings die beiden genannten Firmen nicht gehören, geniesst ausserordentlich die Vorteile des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges infolge der Kuppelung Deutschlands von ostoberschlesischen Bodenschätzen. Andere Firmen, wie z. B. auch die gegenwärtig in Zahlungs-schwierigkeiten befindliche große Giesche-Fabrik, haben sich im Reichstag den Vorwurf rügeliger Steuerhinterziehungen gefallen lassen müssen, ohne etwas darauf antworten zu können. Wenn sie jetzt Staatsmittel zur Behebung ihrer Schwierigkeiten in Anspruch nehmen wollen, wäre vorher eine Aufklärung erwünscht.

Auf den Spuren der Fememörder.

Das Treiben in Döberitz. — Ein verdächtiger Lagerkommandant.

Die „Spandauer Zeitung“ veröffentlicht im Zusammenhang mit der Verhaftung der Fememörder eine Zuschrift, die darauf schließen läßt, daß der Kreis der Mitwisser und Anstifter noch größer ist, als bisher angenommen werden konnte. In der Zuschrift heißt es:

„Die Bewegung gegen die republikanische Regierung setzte mit dem Kapp-Putsch in Döberitz ein. Lagerkommandant war damals der Oberleutnant v. Habeln. Er ließ sofort, als Ehrhardt in Berlin eingezogen war, die schwarzweisse Fahne hissen und durch Soldaten diejenigen Arbeiter verfolgen, die auf Anordnung der verfassungsmäßigen Regierung die Arbeit niederlegten. Er bedrohte sie sogar mit Erschießen. Wer bei den etwa entstehenden Kämpfen für die neue Regierung verwendet wurde, sollte eine einmalige Entschädigung von 1000 Mark, bei mehrmaliger Verwendung 2000 Mark erhalten. Weiter gab es eine Tageszulage von 7 Mark. Der Kommandant wurde erst auf vielseitige Anzeigen und Beschwerden im November 1923 in den Ruhestand versetzt.“

Vor dem Rathenau-Mord

schickte auf dem Truppenübungsplatz und in den Unterkunftsräumen von Mannschaften der rechtsgerichteten Verbände eine lebhafteste Tätigkeit ein. Tag und Nacht fanden militärische Übungen statt.

Am Morgen vor der Flucht Ehrhardts

aus Leipzig gegen 4 Uhr sah ein patrouillierender Oberlandjäger auf dem früheren Gutshofe in Alt-Döberitz Offiziere und Zivilpersonen an einem nicht zum militärischen Gebrauch bestimmten Panzerauto sich beschäftigen. Außerdem stand noch ein Personauto dort. Das Erscheinen des Oberlandjägers, das dem Kommandanten mitgeteilt wurde, erregte diesen so, daß er ihm auf der Straße an der Kommandantur auslieferte und ihm heftige Vorwürfe machte. Er verbot das weitere Betreten des Platzes und des Lagers, wobei er mit der Schußwaffe drohte. Es wurde auch durch den Kommandanten bei der höheren Militärbehörde ein Befehl erteilt, daß der Truppenübungsplatz und das Lager nicht in den Dienstbesitz der Landjäger einbezogen seien, trotzdem das Reich durch umfangreiche Diebstähle schwer geschädigt wurde.

Unheimlich war die Zeit für die Einwohner von Döberitz

im Hochsommer 1923 bis zu dem Hitler-Putsch.

wo verkleidete Putschisten in dem Lager Döberitz und in der Kaserne Eisgrub untergebracht waren. Als die Leiche des Oberleutnants Sand aus dem Leiche der Ausrüstungen des Truppenübungsplatzes mit zerbrochenem Schädel herausgeholt wurde, kam

wie weit die Schädigung des Staates durch diese Privatinteressen inzwischen wieder ausgeglichen wurde.

Nach dem Oberbürgermeister kam nach der Brandtat des Reiches Beuten zu Wort. Beide Redner gaben erschütternde Bilder von der sozialen Not des deutsch-ostoberschlesischen Proletariats. So wurde ausgeführt, daß in den letzten vier Wochen allein in der Stadt Beuthen 131 Kinder aus Nahrungsmangel und 391 Kinder aus Kälteuntergang der Schule ferngeblieben sind, und 1197 Kinder von etwa 6000 ohne Frühstück zur Schule kamen, 671 kein warmes Mittagessen hatten, 532 nur ein einziges Hand beissen. Die Wohnungsnot in Beuthen ist durch die Vermehrung der Einwohnerzahl um etwa 20 Proz. durch Flüchtlinge aus Ostoberschlesien mit schlimmer als etwa die Wohnungsnot in Berlin.

In den darauffolgenden Tagen besichtigten die Abgeordneten einen Anlauf von Arbeiterwohnungen, Schulen und Massenquartieren, um sich selbst ein Bild des sozialen Elends in diesem Ostlandgebiet zu machen. Außerdem wurde eine Anzahl von Referaten von Vertretern der ober-schlesischen Selbstverwaltung und der verschiedenen Erwerbszweige gehalten, die zum Teil ausserordentlich Einzelheiten zu den schwersten politischen Fragen brachten. So erklärte der Sprecher der ober-schlesischen Industrie, Generaldirektor Stachler, die deutsch-oberschlesische Industrie verlange eine ähnliche Entschädigung für ihre Kriegs- und Nachkriegsschäden, wie sie die Ruhrindustrie aus Reichsmitteln erhalten hätten! Wenn die Ruhrindustrie des Reichs das ihres Deszensus aus öffentlichen Geldern erlitten hätte, so dürfte die ober-schlesische Industrie nach der Teilung ihres Wirtschaftsgebietes und der mehrjährigen Besatzungszeit nicht leer ausgehen. Der Sprecher der Doppelner Handelskammer erklärte, daß der deutsch-oberschlesische Handel vom Reich eine Entschädigung für die Wirklungen des deutsch-polnischen Zollkrieges erwarten habe, die bisher ausgeblieben sei! Auch der Vertreter des Handwerks erklärte, daß der Zollkrieg eine der hauptsächlichsten Ursachen für die ungünstige Wirtschaftslage der Grenzprovinz bilde.

Am Rande der ober-schlesischen Arbeiterschaft sprach Gewerkschaftssekretär Rager, der darauf hinwies, daß die Arbeiterschaft die Hauptlast der wirtschaftlichen Depression in Oberschlesien zu tragen habe. Anfolge des Lohnbruchs und der Arbeitszeit sei bereits eine Abwanderung der polnischen Arbeiter festzustellen. Während in Ost-Oberschlesien die Eisenindustrie noch den Aufschwung geniesst, gilt in Deutsch-Oberschlesien der Jahnplundertag. Das wirft auf das Ansehen der deutschen Sozialpolitik gegenüber dem Volontium außerordentlich unangenehm.

Weitere Referate hielten die Oberbürgermeister von Gleiwitz und Oppeln, wobei der erstere anerkannte, daß eine gewisse Besserung der Verhältnisse durch die Hilfsmassnahmen des preussischen Staates gegeben sei, der dadurch in ein günstigeres Licht im Vergleich zu der Passivität des Reiches käme.

Ueber die Hilfsmassnahmen gegen diese Zustände wird der Ostauschuss erst nach seiner Rückkehr zu beraten haben. Außer dem Besuch Deutsch-Oberschlesiens ist noch ein längerer Aufenthalt im Balduinburger Gebiet und ein Empfang in Breslau vorgesehen.

Das Junkerregiment in Mecklenburg.

Keine positive Arbeit, aber für Schieles Schulgesetz.

Schwerin, 8. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Junkerregierung Brandenstein in Mecklenburg stützt sich auf 16 Deutschnationale und die 8 Volksparteiler. Bisher konnten die 13 Wölkischen ihren eigenen Reigen. Jetzt ist es gelungen, auch die 13 Ormske-Kinder, die ihre Unfähigkeit endlich eingesehen haben, vor den Karren der Junker zu spannen. Die Rechter haben sich „verbündet“ und treiben in ihrer Verbrüderung die ärgsten Possenpiele. Die Linke (16 Sozialdemokraten und 8 Kommunisten) hatte die Einberufung des Bundtages beantragt. Die Regierung mußte das Parlament am 1. Oktober zusammenschicken. Aber die Deutschnationalen stellten dem Antrag, den Sitzungsbeschluß sofort wieder zu schließen und der deutschnationalen Präsidium setzte gehörig diesen Antrag als einzigen Punkt außer der Wahl des Präsidiums auf die Tagesordnung der Sitzung am 1. Oktober. Alle Anträge der Sozialdemokraten, die wichtigsten Vorlagen und Anträge zu beraten, wurden von den verbotenen Reichtumsparteien abgelehnt und der Bundtag wurde, dem Antrage der Deutschnationalen entsprechend, sofort wieder geschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion antwortete mit

den Döberitzer Landjägerbeamten von einer angestellten Zivilperson des Truppenübungsplatzes zur Kenntnis, daß unbedingt noch eine zweite Leiche in dem Leiche liegen müsse, denn sie hätten einen geborenen Mann, der nur mit einer Reithose und Trikothemd bekleidet und dem Mund verbunden war, auf einem Wagen liegen sehen, welcher von Alt-Döberitz in der Richtung nach dem Leiche fuhr. Der Lenker des Wagens trug Friedensuniform; begleitet wurde der Wagen von einem berittenen Wachtmeister. Während des Transports befanden sich drei Herren in neuer Offiziersuniform auf dem Gutshofe Döberitz. Nach einiger Zeit kehrte der begleitende Wachtmeister ohne das Gespann zurück.

Nun hörte der Beobachter, daß der begleitende Wachtmeister einem Offizier meldete, daß er dem Gefreiten einen Kopfschuss gegeben und ihn in den Leich versenkt habe.

Hierauf erhielt er Geld. Die Stelle, wo der Betreffende versenkt wurde, wird als Teutonengrab bezeichnet. Diese Umgelegenheit ist damals nicht restlos aufgeklärt worden, weil der Kommandant von Habeln den Vorfall als Rinoassäre bezeichnete. Es ist aber ständig beobachtet worden, daß der Lagerkommandant ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Oberleutnant Freiherrn v. Senden gepflogen hat und die in Döberitz stationierten Oberlandjäger streng von dieser „schwarzen Garde“ isolierte. Es war bekannt, daß auch ein hiesiger Oberlandjäger auf der Liste der „Feme“ stand. Der Plan kam aber nicht zur Ausführung, weil diese Geheimorganisation am 1. Oktober 1923 vom Reiterregiment zu Potsdam entwirrt wurde.“

Das Femedejernet der Kriminalpolizei wird auch diesen Spuren sorgfältig nachgehen müssen. Die Tatsachen, die bisher festgestellt wurden, sind so grauenhaft, daß eine Klärung bis ins einzelne notwendig ist, wenn nicht ein Gefühl der Unsicherheit zurückbleiben soll. Es ist bezeichnend genug für den Grad des Terrors, den die beteiligten Kreise ausübten, daß eine Aufklärung der zahlreichen Mordtaten erst nach zwei Jahren möglich ist. Hier zeigt sich ein Gesehenskreis, der erster ist, als die ganze revolutionäre Spielerei der Kommunisten. Gegen die Kommunisten ist die Justiz mit einer Härte vorgegangen, die dem Buchstaben des Gesetzes folgt, ohne die geistige Unreise vieler Verführer und Mitläufer zu berücksichtigen, während sie bei den Mordbuben und Landsknechten und Ehrhardt die „Gefinnung“ in den Vordergrund der richterlichen Entscheidung stellte. Von der Art der Gefinnung dieser Leute liefert die Aufdeckung der Fememorde einen Beweis, der endlich auch die Justiz belehren muß.

einem neuen Antrag auf Einberufung des Bundtages. Am 13. Oktober tritt der Bundtag wieder zusammen. Daß die Rechte bis dahin Lust zur Arbeit bekommen hat, ist kaum anzunehmen. Jedenfalls ist die Art, wie die Junkerpartei in Mecklenburg „regiert“, kennzeichnend für die „Wiederaufbauarbeit“, die angeblich von der jetzigen Landtagsmehrheit geleistet wird. Ein Amnestiegesetz entwirrt, der Regierung liegt zwar vor, wird aber nicht beraten und verabschiedet, weil der Rechtsblock es nicht will. Dem reaktionären Reichsschulgesetzentwurf hat der mecklenburgische Unterrichtsminister, der Volksparteiler Pastor Dr. Stammer, zugestimmt, obwohl die Mehrheit des Volkes, wie auch die Lehrerschaft diesen Entwurf auf das entschiedenste bekämpft. Die Rechtsregierung darf sich aber alles erlauben. Bis zu den nächsten Wahlen!

Scharfmacherei in England.

Konservative Parteitagredner gegen Selbstwa.

London, 8. Oktober. (T.L.) Auf der Tagung der Konservativen Partei in Brighton ist es bereits zu schweren Angriffen gegen Baldwin und seine Regierungspolitik gekommen. Verschiedene Redner offenbarten der Regierung den Unwillen der eigenen Partei über die Handhabung der Innen- und Außenpolitik. Nach der Meinung des Delegierten von Hampshire, Chappell, hätte sich die Regierung in ihrer Rachgierigkeit beim Bergbaukonflikt auf zehn Monate nötig dem radikalen Bergarbeiterführer Coak in die Hand gegeben. Auch in den Fragen der Oberhausreform wäre die Regierung der Linken zu weit entgegengekommen. Chappells Ruf nach einer festen Regierung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch die Sicherheitspolitik der Regierung fand auf verschiedenen Seiten starke Mißbilligung. In Stelle des Uebereinstimmens mit europäischen Bündnissen sehr zweifelhafter Art solle sich die Regierung mehr um die lebensnotwendigen Fragen des britischen Weltreiches kümmern. Wirtschaftspolitisch sei zwar die Goldwährung und ihr Einfluß auf den britischen Handel und Arbeitsmarkt sehr beachtenswert, von ausschlaggebender Bedeutung sei jedoch die Ausbreitung des Kommunismus. Der Londoner Delegierte Gordon forderte unter starkem Beifall ein festes Zugreifen des Staates gegen seine Unterwürfer. Eine Sondergesetzgebung gegen die Feinde des Staates wäre jetzt am Platze. Man sollte selbst vor der Landesverweisung nicht zurückweichen. Ein anderer Londoner Delegierter trat diesen Vorschlägen entgegen, da sie zu radikal wären und Recht und Freiheit des politischen Gegners völlig vernichten würden.

Es wurden mehrere Entschlüsse angenommen. Die Entschlüsse des Generals Sir Page Croft erklärten viele Besorgnis über die daniederliegende britische Industrie und forderten von der Regierung Schritte für die Rettung der britischen Industrie vor jedem unredlichen Wettbewerb. Wenn der Importüberschuß zum Jahresende anhalte, so könnte England am 31. Dezember einem Importüberschuß von 400 Millionen Pfund für 1923 gegenüberstehen. Ganz erschütternd wäre diese Lage besonders dadurch, daß 1.300.000 Arbeitslose dem Staat zur Last lägen. In einer anderen Entschlüsse wurde von der Währungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung mehr Rücksicht auf die Industrie gefordert. Auch die Rüstungsausgaben wurden einer Kritik unterzogen.

Etnisches Minderheitenrecht.

Kulturautonomie der Deutschen.

Reval, 7. Okt. (D.G.) Die Beteiligung bei den Wahlen für den deutschen Kulturrat, das Verwaltungsorgan der kommenden deutschen Kulturautonomie in Estland, betrug etwa 68 Proz. Insofern die Durchführung der Autonomie, die von einer Minderheitsbeteiligung von 50 Proz. abhing, ermöglicht wird. Die geringe Wahlbeteiligung erklärt sich durch die sehr leibhaftigen Wählern. Außerdem hat das bisher unbekannte Wahlrecht mit sehr komplizierter Abstammung viele Wähler verwirrt. Im allgemeinen ist man aber mit dem Ausfall der Wahlen durchaus zufrieden.

In Südtrol wurden am 1. Oktober neuerdings etwa 80 deutsche Lehrer plötzlich ihres Dienstes enthoben. Darunter auch Lehrer mit langer Dienstzeit, die trotzdem ohne Bezüge und Pension auf die Straße geworfen wurden.

Der geborstene Bürgerblock.

Wahlreden in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die in Berlin zu vollziehenden Stadtverordnetenwahlen machen den Bürgerlichen schlimme Sorgen. Besonders Pastor Koch, der Deutschnationale, hält in der Stadtverordnetenversammlung eine Wahlrede nach der anderen, obwohl er immer wieder versichert, er wolle keine Wahlrede halten.

brandt wies den Vorwurf der Wahlrede zurück; die Möglichkeit der baulichen Zustände der Schulgebäude sei längst schon Gegenstand der Beschwerde gewesen. Die 800 000 M. habe ja der Magistrat ohnehin schon ausgegeben.

prophezie der Deutschen Volkspartei eine gründliche Niederlage für den 25. Oktober.

Pastor Koch (Dnat.) glaubte seinerseits, den Untergang der Demokratischen Partei bei den Wahlen voraussetzen zu können und sagte sie wegen ihres Verhaltens in der Schulratsfrage implizite des Berrats an der Idee des Bürgerblocks an.

Am 24. September hat die Deutsche Volkspartei angefragt, ob der Magistrat es billig, wenn von Zeitungsverkäufern auf den Straßen Plakaten verlangt werden, auch wenn sie keinen festen Stand haben.

abgebauten Arbeiter

in derselben Weise zu unterstützen, wie es für die abgebauten Angestellten vorgesehen ist, und Dörr (Komm.), für beide Zwecke mindestens 500 000 M. zur Verfügung zu stellen.

tion, die schon fast ein Jahr alt seien, und begrüßte den auf gleicher Linie liegenden Antrag Heilmann. Gen. Heilmann erklärte, die Fraktion habe die Ausdehnung der Hilfsaktion für die abgebauten Beamten und Angestellten auf die Arbeiter für selbstverständlich gehalten.

Die Vorlage wegen Erhöhung des Kapitals der Berliner Flughafen-G.m.b.H. auf 4 Millionen Mark ging an den Haushaltsausschuß. Den zu Anfang mitgeteilten Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, der die Ausführung des Magistratsbeschlusses aufgeschoben wissen will, und bezüglich der Aufwertung eine Vorlage verlangt, überwies die Versammlung gleichfalls der Ausschuhberatung.

Hierauf trat man um 1/2 Uhr in die Beratung der zahlreichen, zum Teil schon seit langen Monaten unerledigt gebliebenen Initiativanträge ein. An der Spitze derselben stand auf der Tagesordnung der Antrag der Kommunisten auf Vorlegung einer Ortspolizei für die Ausweisung von

Land als Garten- und Heimstättengebiete (Dauerkolonien);

chronologisch hätte der fünf Tage ältere Antrag unserer Genossen wegen Vorlegung von Ortsjahresangelegenheiten gemäß § 4 des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstätten-gesetz dem Vortritt gehabt.

Gen. Stadtrat Buhly bestritt, daß der Magistrat säumig gewesen sei; die Frage, inwieweit Berlin Dauerkleingärten auszuweisen in der Lage sei, sei sofort von ihm in Angriff genommen worden. Ob Berlin von sich aus sich dazu verpflichtet fühle, sei jetzt keine Frage mehr.

Flammentod einer Greisin.

Am Donnerstagabend um 1/2 7 Uhr ereignete sich in Schönberg im Gartenhaus des Hauses Cranachstr. 20, ein schrecklicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.

Das unbegreifliche Ich.

55] Geschichte einer Jugend. Roman von Tom Kristensen. (Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.) „Soll ich sie für Samuelsen auslegen?“ fragte ich. „Auslegen?“ sicherte sie. „Du kannst es gern so nennen! Muß man es dir erst löffelweise beibringen, du dumme Junge?“

Geld bekommen. Das kannst du doch auch, nicht wahr? Und ich will lieber bei dir bleiben, als bei dem alten bärtigen Ziegenbock.“ „Bei mir?“ sagte ich langsam. „Hast du das immer noch nicht begriffen? Du brauchst ja bloß an die Schublade zu gehen und es rauszunehmen, und dann bleibe ich — mit dem größten Vergnügen.“

„Nein, sehr ungern, nein, das paßt mir gar nicht!“ antwortete ich. „Ach Quatsch, er ist ja blind. Komm man bloß! Vater ist riesig nett, und es würde ihm solche Freude machen. Er ist wirklich sehr nett; und deshalb lieb er sich auch von Muttern so betrügen.“

(Fortsetzung folgt.)

Jedes Parteimitglied beteiligt sich am Allgemeinen Flugblattverbreitung

schleppen, um um Hilfe zu rufen, denn sie ist vor dem Fenster zusammengebrochen. Der Unglücksfall wurde erst durch die Portierfrau bemerkt, die die Feuerwehre alarmierte.

Aufklärung des Tempelhofes Kassenraubes.

Sämtliche sechs Beteiligten verhaftet.

Der große Kassenraub, der in der Nacht zum 20. September beim Bezirksamt Tempelhof verübt wurde, ist durch die Kriminalpolizei, die vom Bezirksamt Tempelhof wirksam unterstützt wurde, in verhältnismäßig kurzer Zeit vollständig aufgeklärt worden. Alle Beteiligten sitzen hinter Schloß und Riegel. Es sind dies: ein 39 Jahre alter Gentleman-Einbrecher Peter Paul Pawlak aus der Urbanstr. 186, ein 44 Jahre alter Händler Willy Pechner, ein 23 Jahre alter Schlosser Bruno Schulz aus der Weststr. 20 in Tempelhof, ein ebenso alter Schlosser Erich Kelle aus der Germaniastr. 134 zu Tempelhof, ein 31 Jahre alter Assistent Max Blankenburg aus Lichterfelde-Ost und ein 33 Jahre alter früherer Kellner Bernhard Hahn, der „Diener“ Pawlaks.

Nach Bekanntwerden des großen Streiches ging die Kriminalpolizei sofort allen Spezialisten nach, die für den Einbruch wohl in Betracht kommen konnten. Diese wurden beobachtet. Das Hauptaugenmerk fiel sofort auf Pawlak, der dem Sonderdeputat als ein Mann bekannt ist, dem auch der beste Geldschrank nicht widersteht. Dazu kam Pechner, der Pawlak nichts nachgibt. Auf seinen Reizen, die besonders auch öffentlichen Kassen und großen Privatbetrieben galten, begleitete ihn stets sein Diener Hahn, der die Einbruchswerkzeuge zu tragen hatte, weil sich der seine Herr Pawlak selbst damit nicht schleppen wollte. Der Verdacht, der auf die beiden hervorragenden Spezialisten fiel, erwies sich als richtig. Ihre Beobachtung führte auf die anderen Beteiligten und zur Aufklärung des ganzen Rebes. Der Assistent Blankenburg hatte auf verschiedenen Bauten zu tun und lernte so auch den Bruno Schulz kennen. Gespräche mit diesem ließen in Schulz bald den Plan aufzukaufen, seinen Finanzen aus der Bezirkskasse aufzuhelfen. Er weichte nach und nach auch Blankenburg darin ein, und als er gewiß war, daß dieser mitmachen wollte, setzte sich Schulz mit Pawlak in Verbindung.

Blankenburg hatte nun die Aufgabe, rechtzeitig mitzufahren, wenn das Geld angekommen sei. So sollte schon Ende August der Kassenraub „sollen“. Pawlak hatte aber damals noch Bedenken. Jetzt war alles auf das sorgfältigste überlegt und vorbereitet. Der Plan wurde durchgeführt, wie er gedacht war, die Beute war viel größer, als die Verbrecher erwartet hatten. Ihre Freude aber war um so länger. Kriminalkommissar Hünger und seine Beamten kamen ihnen bald auf die Spur, und es gelang, alle Einbrecher hinter Schloß und Riegel zu legen und ihnen einen großen Teil von den gestohlenen 310 000 Mark bereits wieder abzunehmen.

Der Automobilunfall am Schöneberger Ufer.

Die Meinung der Sachverständigen.

Den dreiesten Rahmen in der Beweisführung über die Schuld an dem großen Automobilunfall vom 8. Januar am Schöneberger Ufer bei der Genthiner Straße nahmen die Gutachten der Automobilfachverständigen ein. Auch aus ihnen ergab sich kein klares Bild über die Streitfrage, wer von den beiden Angeklagten, der Autofahrer Reumann oder der praktische Arzt Dr. Silberberg, oder ob beide die Schuld an dem Unfall tragen. hauptsächlich dreht es sich bei dem Gutachten darum, ob der Automobilbus von dem Privatauto des Dr. Silberberg beim Ueberholen angefahren worden sei.

Zuerst äußerte sich der Sachverständige Holoach von der Firma Bosch dazu, ob die nach dem Unfall festgestellte Störung der Lichtanlage und das Versagen des Motors an dem Silberberg'schen Auto aus dem Zusammenstoß zurückzuführen sei. Nach Annahme des Sachverständigen kann diese Störung nicht als Beweismittel zur Entscheidung über die Schuldfrage verwendet werden, da sie auch auf andere Ursachen zurückgeführt werden könne. Gerichtschemiker Professor Dr. Brünig, der bekannte Sachverständige des Polizeipräsidenten, hat genaue mikroskopische Untersuchungen der beschädigten Teile an beiden Autos vorgenommen. Es waren Schrammen an der Aluminiumschlüsselklappe des Autos und ebenso an dem Sicherungsring des Silberberg'schen Autos vorhanden, die als frisch anzusprechen waren. Die Schrammen an dem Silberberg'schen Auto können nicht durch Hammerschläge bei der Montage entstanden sein. In den Schrammen des Silberberg'schen Autos befanden sich Bestandteile der Wagenschmierung, die mit der beim Autobus verwendeten Wagenschmierung chemisch übereinstimmt. Es besteht daher die Möglichkeit, daß die Rillen in dem Augenblick entstanden sind, als das Hinterrad des Autos beim Anstoß nach im Rotieren war. Positive Feststellungen vermochte der Sachverständige aber auch nicht zu machen.

Ein Protest der Beamten.

Massenversammlungen des ADB.

In zwei Überfüllen, vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einberufenen Versammlungen protestierten gestern Abend die Berliner Beamten gegen die verweigerte Gehaltsaufbesserung durch die Lutherregierung. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten waren die Genossen Richter, Kleinmeier, Jochert und Steinkopf erschienen.

Döbling vom Hauptvorstand des ADB betonte eingangs seiner Ausführungen, daß nach der stattgefundenen Aussprache der Beamtensorganisationen mit dem Finanzministerium über eine Rohhilfe für die Beamtenschaft die Beamten um eine Hoffnung ärmer, aber gleichzeitig auch um eine Erhaltung reicher geworden seien. Der Redner hielt den Zuhörern vor Augen, wie diejenigen Parteien, die die Mehrheit im Reichstag bilden, all ihre Wohlversprechen, mit denen die Beamten leider gefördert wurden, vergessen haben. Reichsanwalt Luther ebenso wie sein Finanzminister v. Schlieffen haben seit Dezember des vorigen Jahres keine Ankündigungen gemacht, dem Reichstag eine Besoldungsaufbesserung vorzuschlagen. Noch im Juli d. J. erklärte Herr v. Schlieffen im Reichstag: „Sobald wir den Beamten helfen können, ohne Schädigungen der Reichsfinanzen heraufzubeschwären, dann werden wir auch helfen.“ Seiden befinden sich die Reichsfinanzen — nach Herrn v. Schlieffen — immer noch in einer trostlosen Lage, die für eine Gehaltsaufbesserung keine Grundlage bietet. Demgegenüber muß konstatiert werden, daß auch in diesem Jahre schon wieder ein Ueberschuß von mehreren Millionen Mark vorhanden ist (hört, hört!), der auf den Kopf der Beamtenschaft umgerechnet, eine zur Verfügung stehende Summe von 1157 Mark ergibt. Trotzdem hat der Finanzminister jede, auch die geringste Rohhilfe für die Beamten abgelehnt. (Große Bewegung.) Als Trost für die notleidende Beamtenschaft erklärte Herr v. Schlieffen, daß die Regierung die Hilfe für die Beamten als eine staatspolitische Notwendigkeit ansehe; sobald die Finanzen es erlauben — usw.

Inzwischen hungern die Beamten weiter. Der Einwand der Regierung, daß eine Gehaltsaufbesserung der Beamten eine Lohnbewegung der gesamten anderen Arbeitnehmerkraft nach sich ziehen würde, trifft nicht zu. Die Reichsregierung brauchte in wirtschaftlicher Beziehung nur ihre Machtmittel gegen die Arbeitgeberverbände anzuwenden, so wie sie es den Arbeitnehmern gegenüber tut. Aber dazu hat sie nicht den Willen und nicht die Macht. Die kürzlich bekanntgewordene Aktennote des Unternehmers Dr. Reisinger bestätigt das. In der Aktennote ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung bestrebt ist, zu entwickeln. Leider haben die nichtstreikemäßigen Beamtensorganisationen in jeder Beziehung versagt. Deshalb ist es an dem ADB, den Beamten zuzurufen: Wenn die Beamten erkannt haben, daß sie Arbeitnehmer wie alle Arbeiter sind, dann ist die Konsequenz davon, daß sie auch wie Arbeiter handeln. Stürmischer Beifall zeigte die rückhaltlose Zustimmung der Versammlung. Landtagsabgeordneter Genosse Kleinmeier berichtete über den neuesten Stand der Besoldungsfragen im Beamtensauschuss des Landtages. Alle bürgerlichen Parteien haben eine ablehnende Stellung eingenommen. Genosse Steinkopf, M. d. R., unterzog die Beamtenspolitik der Luther-Regierung unter dem stürmischen Beifall der Versammlung einer vernichtenden Kritik. Das Geld für eine Gehaltsaufbesserung ist wohl vorhanden, die kapitalistischen Hintermänner der Regierung verbieten ihr aber die Verwendung. Die Versammlung nahm schließlich eine Entschließung im Sinne des Referates einstimmig an.

Wähler-Kundgebungen

Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Oberschöneweide: Märners Blumengarten, Ostendstraße. Reinickendorf-Ost: Hauptstr. 51 (Kleingärtner- und Siedler-Versammlung).

Redner: Wermuth, Wendt.

Sonnabend, den 10. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Staaken: Gasthaus Wpff, Spandauer Straße. Cladow: Gasthaus Hans Bäumann. Gatow: Gasthaus zur Linde.

Redner: Dr. Herz-Spandau, Hermes, Kreuziger.

„Der Rechtskurs in Deutschland und die Parteien! Warum muß Berlin am 25. Oktober sozialdemokratisch wählen?“

Das Urteil im Tauschwohnungsprozess.

In dem Prozess gegen die Wohnungswirtschaft vom Werlsee wurden nach längeren Beratungen der Angeklagte Grauwunder zu drei Monaten Gefängnis, Wegener zu 9 Monaten Gefängnis, Sauer zu 2 Jahren Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, Rahner zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Jerg wurde freigesprochen.

Dachstuhlbrand in Hohenschönhausen.

In dem Quergebäude des Grundstückes Berliner Str. 72 zu Hohenschönhausen brach am Donnerstag vormittag um 10 Uhr ein Dachstuhlbrand aus. Eine Frau im Vorderhause nahm ihn von ihrer Küche aus zuerst wahr und ließ die Feuerwehr alarmieren. Mehrere Züge von Hohenschönhausen, von der Berliner Wache 20, von Uichtenberg und Weihensee bewaffneten das Feuer in fast zweistündiger Arbeit.

Gegen das Siedlungs-, Boden- und Wohnungselend.

Eine Massenkundgebung gegen die unzulängliche Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik von Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere Berlin, wird am Sonntag, den 18. d. M., vormittags 11 Uhr, im Zirkus Busch unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Silberschmidt stattfinden. Einberufen sind sämtliche Spingewerkschaften, die Großorganisationen der Kleingärtner, Mieter, Kriegsbeschädigten und der Bund Deutscher Bodenreformer. Sprechen werden Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke, Dr. Ing. Martin Wagner, Stadtrat Trefferer und Victor Roa d. Die Versammlung ist gedacht als ein Vorbild gleichartiger Veranstaltungen im ganzen Reich zu dem Zweck, die Regierungen in der Richtung dieser Forderungen vorwärts zu treiben.

Gewitter über Locarno.

Das Hotel der deutschen Delegation vom Blitz getroffen. Gestern Abend ging über Locarno ein schweres Gewitter nieder. Blitz und Donner folgten in ununterbrochener Reihenfolge. Der Blitz schlug in das Hotel Esplanade ein, zerstörte jedoch nur die elektrische Lichtanlage des Hauses, so daß die deutschen Delegationsmitglieder das Abendessen bei Kerzenschein einnehmen mußten. Auch die Lichtanlagen der Stadt sind durch Blitzschlag beschädigt, so daß die ganze Stadt in völliges Dunkel gehüllt war. Strömender Regen behinderte den Verkehr fast vollständig. Auch die Telefonleitungen sind teilweise beschädigt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einblendungen für diese Rubrik sind bei den Parteibüros einzureichen.
- 7. Kreis Charlottenburg, Sonnabend, den 10. Oktober, 8 Uhr, im Hofhaus, Zimmer 205, Sitzung des engeren Vorstandes.
 - 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen, Freitag nachmittags von 3-6 Uhr in der Gedächtnisstr. 27, Besprechung für die Versammlung am Sonntag.
- heute, Freitag, den 9. Oktober:
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wenigerstr. 10, Funktionärsversammlung.
 - 29. Abt. 7 1/2 Uhr bei Hurr, Franziskaner Allee 129, Ausgabe des Materials an die Funktionäre.
 - 32. Abt. National: Die Parteiführer und alle Genossen, die Gelder abzurufen haben, werden heute ab mit dem Genossen Wintermann, Remise-Str. 1, ab. 8 Uhr, außer Montags und Freitags.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 9. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

- 4.30-5 Uhr abends: Konzert. 6.40 Uhr abends: Zehn Minuten für die Frau („So'n bisschen Humor“). 7.10 Uhr abends: Legationssat Dr. R. W. Drecher: „Journalismus als Universitätsfach in Amerika“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskursus). Abteilung Völkorkunde. Professor Pandis Taraoband Roy Lahore: „Einführung in die indische Kultur“. 8. Vortrag: „Die Ghandi-Bewegung“. 8.30 Uhr abends: „Isben-Grieg“. Mitwirkende: Berliner Funkorchestra. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Otto Laubinger vom Staatstheater Berlin u. a. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

- 27. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schmelzstr. 26, Funktionärsversammlung. Besprechung der Arbeiter.
- 32. Abt. Arbeiter: Die Parteiführer treffen sich heute abends 8 Uhr bei Quandt, Lindendamm Ecke Reichstraße zur Funktionärsversammlung. Wichtiges Tagesprogramm. Funktionäre: 8 Uhr abends: 32. Abt. Arbeiter: 7 1/2 Uhr bei Viktoria, Friedrichstr. 20, Funktionärsversammlung. — Die Funktionäre sind am Sonnabend, den 10. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von Hebel, Reichstr. 2, abzugeben.
- 104. Abt. Arbeiter: 7 1/2 Uhr bei Viktoria, Friedrichstr. 20, abzugeben.
- 104. Abt. Arbeiter: 7 1/2 Uhr bei Viktoria, Friedrichstr. 20, abzugeben.
- 104. Abt. Arbeiter: 7 1/2 Uhr bei Viktoria, Friedrichstr. 20, abzugeben.

Morgen, Sonnabend, den 10. Oktober:

- 8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ködler, Steinwecker, 20, Sitzung der Parteiführer.
- 11. Abt. Von 8 Uhr nachmittags ab bei Berger, Franziskaner Allee Ecke Reichstraße Ausgabe der Flugblätter an die Parteiführer.
- 24. Abt. 8. Gruppe: 8 Uhr von Ködler, Steinwecker, 20, Sitzung der Parteiführer und der Parteimitglieder.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ködler, Steinwecker, 20, Sitzung der Parteiführer und der Parteimitglieder.
- 26. Abt. 8 Uhr abends: 8 Uhr und Sonnabend, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, Funktionärsversammlung von Busch, Ködler-Str. 27, und Wilmanns, Friedrichstr. 5, aus.
- 44. Abt. Nachmittags 4 Uhr holen die Parteiführer von bekannter Stelle die Flugblätter ab.
- Charlottenburg, 22. Abt. Die Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung nachmittags 3 1/2 Uhr und Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, bei Hobe, Reichstr. Allee 22, ab. — 27. Abt. Nachmittags von 4-6 Uhr und Sonntag, den 11. Oktober, von 6-11 Uhr vormittags, Flugblattverbreitung. 1. Gruppe bei Wenzel, Remise-Str. 1, 2. Gruppe bei Hume, Wilmanns-Str. 4.
- 29. Abt. Schöneberg. Die Flugblattverbreitung und die Verbreitung der „Mithras“ beginnt um 4 Uhr. Die Parteiführer holen die Flugblätter und die „Mithras“ bei Groß, Sobanstr. 17, ab. Bei der Verbreitung müssen sich auch die Genossen reiflos beteiligen.
- 32. Abt. Stettin. Die Parteiführer holen Sonnabend die Flugblätter von Bertow ab. — Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Adressen aus.
- Reinick. 32. Abt. Von 6-7 Uhr holen die Parteiführer die Flugblätter von Ködler, Steinwecker-Str. 24, ab. — 27. Abt. 7 Uhr bei Ködler, Steinwecker, 20, wichtige Sitzung der Funktionäre.
- 30. Abt. Reich. 7 1/2 Uhr in der 1. Gemeindefabrik, Charlostr. 136, Funktionärsversammlung.
- Siedler. 115. Abt. 8 Uhr von Herr, Neue Schöneberg, 20, aus Flugblattverbreitung. Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, ebenso Ausgabe der Flugblätter. — 119. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wenzel, Funktionärsversammlung. Besitzt an gleicher Zeit und Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, Ausgabe der Flugblätter. Jeder Genosse muß sich daran beteiligen.
- 121. Abt. Arbeiter. 8 Uhr im Restaurant Kuckhof, Tredomallee Ecke Hohenschönhausen, Ausgabe aller Genossen.
- Janagelassen. Sozialdemokratische Genossen, den 10. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Schule Reußstr., Schöneberg, 13 (nahe Ringbahnhalte Reichstr.-Friedrichstr.). Probe zu „Vergang und Jetzt“ für die Partei-Beziehler in Friedrichshagen. Außerdem gibt es gleiche Zeit in der Schule der Schulgruppe. — Gruppe Ritter, Freitag, den 9. Oktober, 8 Uhr, in der Schule Gieseler-Str. 20, Ausgabe aller der Genossen. Leitung: Herr, Walter Rabbin. — Gruppe Norden: Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, Wilmannsversammlung. — Gruppe Hansberg: Freitag, den 9. Oktober, 8 Uhr, im Restaurant „Sportplatz“, Reichstr.-Friedrichstr. 27, Besprechung: „Die Berliner Stadtkommunaleschule“. — Gruppe Schöneberg: Freitag, den 9. Oktober, 8 Uhr, im Restaurant „Friedrichstr.“, Reichstr.-Friedrichstr. 27, Besprechung: „Die Berliner Stadtkommunaleschule“. — Gruppe Schöneberg: Freitag, den 9. Oktober, 8 Uhr, im Restaurant „Friedrichstr.“, Reichstr.-Friedrichstr. 27, Besprechung: „Die Berliner Stadtkommunaleschule“. — Gruppe Schöneberg: Freitag, den 9. Oktober, 8 Uhr, im Restaurant „Friedrichstr.“, Reichstr.-Friedrichstr. 27, Besprechung: „Die Berliner Stadtkommunaleschule“.

Frauenveranstaltungen:

- 1. Abt. Freitag, 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, in Ködler, Steinwecker, 20, Vortrag über „Rechte und Pflichten der Frauen“. Ref.: Genossin Erna Morron.
- 2. Abt. Freitag, 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, in Ködler, Steinwecker, 20, Vortrag über „Rechte und Pflichten der Frauen“. Ref.: Genossin Erna Morron.

Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. Abt. Der Sohn unserer Genossin Barfmann, Waldenberger Str. 4, Genosse Ulrich Barfmann, ist 21 Jahre alt, am Montag verstorben. Die Beisetzung wird noch bekanntgegeben.

Jugendveranstaltungen.

- Wettbewerbsklausur! Dritte Abrechnung und Ausgabe „Arbeiter-Jugend“ und „Jugend heute“.
- heute, Freitag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Nacht II: Schule Siemensstr. 20, Berlin: „Was wir wollen“. — Reichshaus in Reuss Allee 22, Berlin: „Schöpfung oder Entzweiung?“. — Reichshaus II: Dönhofs-Str. 22, Berlin: „Was will die G.K.P.“. — Reichshaus III: Ködler-Str. 27, Berlin: „Bewusstseins“. — Ködler-Str. 27, Berlin: „Bewusstseins“. — Ködler-Str. 27, Berlin: „Bewusstseins“. — Ködler-Str. 27, Berlin: „Bewusstseins“.

Verbreitung von... 7 1/2 Uhr im Drobner, Schöneberg Ecke Reichstr., Jugendfeier. Musik, Gesang, Kollektive, Scherzspiele, Antrags der Genossen Redend. Eintritt 30 Pf.

Abt. Reich II, Schöneberg: 7 1/2 Uhr im Drobner, Schöneberg Ecke Reichstr., Jugendfeier. Musik, Gesang, Kollektive, Scherzspiele, Antrags der Genossen Redend. Eintritt 30 Pf.

Abt. Schöneberg I, Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, Schuljahr Freitag, 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Drobner, Schöneberg Ecke Reichstr., Jugendfeier. Musik, Gesang, Kollektive, Scherzspiele, Antrags der Genossen Redend. Eintritt 30 Pf.

Abt. Schöneberg II, Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Drobner, Schöneberg Ecke Reichstr., Jugendfeier. Musik, Gesang, Kollektive, Scherzspiele, Antrags der Genossen Redend. Eintritt 30 Pf.

Abt. Schöneberg III, Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Drobner, Schöneberg Ecke Reichstr., Jugendfeier. Musik, Gesang, Kollektive, Scherzspiele, Antrags der Genossen Redend. Eintritt 30 Pf.

Weiter für Berlin und Umgegend: Am Tage ziemlich heiter, nachts neblig und kalt. — Für Deutschland: Ueberall ziemlich heiter, stellenweise leichter Nachtfrost.

Einmal ist keinmal

Immer stimmt's zwar nicht, Wer von einem Raubbold eine Ohrfeige bekommt, wird obigen Spruch wohl kaum als richtig gelten lassen. Wenn aber zum Beispiel eine Dame sich alle Vierteljahre nur einmal das Haar mit dem bekannten Kopfwaschmittel „Schäumpon mit dem schwarzen Kopf“ wäscht, so ist das im Hinblick auf eine vernünftige Haarpflege eben „keinmal“. Sie hat zwar das rechte Mittel gewählt, aber sie muß diese so überaus nützliche Kopfwasche mit „Schäumpon mit dem schwarzen Kopf“, kurz gesagt „Schwarzkopf-Schäumpon“, mindestens alle 14 Tage vornehmen, und sie wird erstaunt sein, wie leicht es ist, sich bis ins späte Alter locker-pfligge Haare zu erhalten. Das echte Fabrikat trägt die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Unsere Schulforderungen.

Die großen Punkte unseres Schulprogramms lassen sich unmittelbar durch Ortsgehalte nicht verwirklichen. Staat und Reich legen die allgemeinen Grundzüge fest, nach denen das innere und äußere Schulleben sich gestaltet. Dennoch verbleiben den Kommunalverwaltungen innerhalb der ihnen gezogenen Grenzen ungemein wichtige Aufgaben, die zu lösen sie berufen sind. Man kann sogar sagen, je härter der Wille der Einzelgemeinden ist, ihr Schulwesen großzügig auf- und auszubauen, desto enger und schärfer begrenzen sie selbsttätig den Aufgaben- und Machtbereich staatlicher Organe. Und umgekehrt, je schwächer und lässiger sich eine Gemeinde in der Kulturarbeit gibt, desto verantwortungsbewußter und damit einflußreicher betätigen sich naturnotwendig die Landes- und reichsgerichtlichen Behörden.

Dass die Gemeinde geschmackvolle Schulhäuser mit reicher innerer Ausstattung baut, unterliegt einzig und allein ihrer Entscheidung. Und dass sie hierin keinen Unterschied macht zwischen Volks-, Berufs- und höheren Schulen, ist Sache ihrer pädagogischen und schulpolitischen Einsicht, vor allem auch ihres politischen Standes. Dass sie die Klassenfrequenzen allmählich abbaut und mit der Zahl der Schulhäuser die Bildungsgelegenheiten und -möglichkeiten für die Masse vermehrt, ist nicht nur eine Angelegenheit der Finanzen, sondern ein ungemein wichtiger Punkt ihres eigenen Kulturprogramms, eine Sache ihres Willens, hierfür Opfer zu bringen. Legt sich die Gemeinde einseitig auf die Grundzüge ihrer Finanztedniker fest, dann wird man in der Vermehrung der Klassen eine nicht tragbare Belastung des Haushalts erblicken. Doch der Stadtsäckel leer und größte Sparmaßnahme unerlässlich sei, wird man dann in allen Beratungen eindringlich vernehmen, selbst in größerer Prosperität. Es gibt keinen verantwortlichen Stadtsäckel, der es nicht versteht, mit solcher Feststellung die Bewilligung wirklich entscheidender Mehrforderungen für die Schule zu verhindern.

In der Festsetzung der Stundenzahl der Lehrer ist den Gemeinden aus Gründen der Finanznot vorläufig noch das Selbstbestimmungsrecht genommen, in manchen Fällen zum Glück für die Schule. Denn einzelne Gemeinden wären in der Angst der Inflationswirtschaft und aus Schulstreundlichkeit entgegen der weiseren Haltung der Regierungen, die die Pflichtstundenzahl der Lehrer im allgemeinen nur mäßig erhöhten, zu ganz ungewöhnlichen, die Schularbeit bedrohenden Maßnahmen geschritten. Man hat sich in der breiten Öffentlichkeit daran gewöhnt, den Kampf für eine niedrige Wochenstundenzahl als eine Standesangelegenheit der Lehrer aufzufassen. Man überträgt mechanisch und rein äußerlich den wirtschaftlichen Arbeitstag auf den Schultag und schließt ganz roh, weil hier ein acht- oder neunständiger Arbeitstag notwendig und angemessen sei — wir wissen alle, dass diese „Notwendigkeit“ einen ungeheuren Selbstbetrug an der geistigen und körperlichen Volkskraft darstellt —, so muß auch der Lehrer eine Mehrbelastung hinnehmen. Alle ernstlichen medizinischen Sachverständigen stimmen darin überein, daß die in einer Schultunde geleistete Erziehungs- und Unterrichtsarbeit wegen ihres nerobischen, geistigen und körperlichen Kräfteverbrauches doppelt gemertet werden müsse, und alle pädagogischen Sachverständigen darin, daß in der geleisteten Vor- und Nacharbeit des Unterrichts ein bedeutendes, nie berechnetes Recht an Arbeitszeit liege. Wirkliche Erzieher und Lehrer, seien sie „alten“ oder „neuen“ Formats, die sich als verantwortliche Träger des Erziehungsgedankens fühlen, sehen als Führer und menschliche Berater der Jugend ein Mehrfaches ihrer Wochenstundenzahl an Arbeit und Kraft ein. Mit allen Vorurteilen muß endlich gebrochen werden. Erhaltung der Kraft des Lehrers bedeutet Erhöhung der Bildungs- und Erziehungswirkungen der Schule. Faulenzen und Tagelöhner unter den Schulmeistern erzieht man wie auch in anderen Berufen nicht durch willkürliche Arbeitsanhäufung. Diese werden sich selbst bei doppelter Unterrichtszeit Kraft und Frische für ihre physischen Gemohnheiten des Nachmittags und Abends immer noch bewahren.

Neben diesen „elementaren“, materiellen Pflichten hat die Gemeinde höhere, ideale Verpflichtungen gegen die Schule. Den großen Gedanken der Einheitlichkeit ihres Schulwesens hat sie bei den staatlichen Körperschaften und in der Öffentlichkeit unablässig zu vertreten. Die Volksschule muß nicht nur durch die Stufen ihrer Grundschule — organisch mit der höheren Schule verbunden werden. Die Attribute „höhere“ und „niedrigere“ oder „gemeine“ müssen ihr als unerträglich erscheinen. Trotz der mangelnden Durchführung der Reichsverfassung kann sie selbständig die entscheidenden Schritte tun. Nichts würde Berlin oder andere Gemeinden hindern, über die staatlichen Mindestgrundsätze hinaus den Unter-

richt der Volksschule qualitativ so auszubauen, ihre Leistungsfähigkeit zu überhöhen, daß sie bei aller Eigenart und Selbständigkeit ihres Erziehungs- und Arbeitsprogramms zur vollwertigen Schwesterorganisation der höheren Schule wird, neben der diese als ihre Fortsetzung und Ergänzung erschiene. Die innere und äußere Verbindung beider Schulgattungen wäre dann ein Leichtes. Eine solche vom Kulturstandpunkt übertragene kommunalpolitische Tat müßte städtischen Körperschaften so begehrenswert und notwendig erscheinen, wie etwa die hygienische Auffrischung der Großstadt durch eine planmäßige Durchführung der Erschließung von Park- und Waldgelände, wie ihre wirtschaftliche Erhaltung durch den umsichtigen Aufbau ihres Verkehrs- und Straßenwesens. So wenig die gesundheitliche und wirtschaftspolitische Entwicklung der Stadt gestört oder unterbunden werden darf, so wenig darf man aufhören, am Wert ihrer geistigen Saniierung zu arbeiten.

Daraus ergibt sich zwangsläufig die andere Aufgabe, Raum zu gewähren für Neugestaltungen. Niemand hindert Berlin daran, Schulen als Stätten der Reuentwicklung und der Erjorschung jugendlichen Lebens und jugendlicher Arbeit freizugeben. Die modernen erziehungswissenschaftlichen Auffassungen und die tieferen geistigen Bewegungen der jüngsten Zeit, in deren Zusammenhängen sie entstanden, zwingen dazu. Kein Kultusministerium, wäre es selbst rechts orientiert, würde heute eine vorwärts drängende Gemeinde von der Größe der Stadt Berlin in der Durchführung eines groß angelegten Erziehungsplanes stören. Tatsachen und Vorgänge der letzten Jahre bewelsen das. Alle Anträge und Maßnahmen in der Richtung einer grundsätzlichen Schulerneuerung scheiterten im Grunde an der Gemeinde und ihrer Bezirke selbst, so daß die staatlichen Behörden dem staatlichen Druck der Mehrheiten folgen und die Bestätigung verjagen mußten. Fortschrittliche Gemeinden und Bezirke haben ein fortschrittliches Schulwesen. Gebrauchen wir unsere Freiheiten, und wir sind frei.

Auch die weltliche Schule ist praktisch kaum ein Problem mehr, so sehr sie in der Reichsgehegung noch umstritten wird; sie ist zu einer Frage der Gesinnungstüchtigkeit der führenden Parteien des Stadtparlamentes geworden. Ruhle sich doch der Staat in den letzten Jahren wiederholt zum Wortführer und Schützer des Rechtes der Weltlichkeit der Schule, soweit diese einem nachweisbaren Bedürfnis der Bürger und der hinter ihnen stehenden Kulturtruppe entsprach, gegen eine eigenwillige städtische Mehrheit aufmerken. Die Freiheit der geistigen Entwicklung in unserer Schule kann also erkämpft werden, wenn alle Gemeindeförperschaften besitzen, die für große Dinge unserer Kultur Verständnis zeigen, die nicht nur rechnen, sondern geistig führen und aufbauen.

Unser Einfluß muß darum wachsen. Die bevorstehenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung müssen für die Linke und den gesamten Fortschritt eine Mehrheit bringen, so daß auch die leitende Stelle unseres Schulwesens zu Robert wird. Nicht für den Straßen Inhaber, Malster und Räte kommen und gehen, es bleibt aber die Partei in ihrem Willen zur Macht und zur Befestigung ihrer Ideen. Wir alle sind Diener an dem einen Gedanken, durch Verbreiterung, Bereicherung und Vertiefung der joyalistischen Gedankenwelt die Werbekraft unseres Programms und damit die Zahl seiner Wähler und Bekenner zur Ausübung eines entscheidenden Einflusses auf die Befehgebung zu erhöhen.

Wilhelm Paulsen, Stadtschulrat.

Städtebau und Straßenbahn.

Der jetzt veröffentlichte Entwurf der preussischen Regierung für ein neues Städtebaugesetz sieht unter anderem auch getrennte Wohn-, Industrie- und Verkehrsflächen vor, um dem bisherigen Durcheinander von Wohnungen und Industrieanlagen mit ihren gegenseitigen Störungen und gesundheitlichen Nachteilen abzuhelfen. Stadtverwaltung und andere Institutionen, wie auch die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, mühten schon jetzt soviel als möglich von diesen fortschrittlichen Plänen zu verwirklichen. Die Straßenbahn-Gesellschaft hat in Westend, zwischen der Elisabeth- und Soorstraße, ein Gelände angekauft, um dort einen Straßenbahnhof zu errichten. Industrieanlagen sind nicht in der Nähe, das ganze Gelände war vordem als Wohngeände erklärt worden von den zuständigen Stellen. Die Straßenbahn-Gesellschaft hat anscheinend erst nach dem Ankauf erfahren, daß es sich hier um geschütztes Wohngeände handelt. Dieses Bauvorhaben hat die Presse und die Bezirksversammlung Charlottenburg schon mehrmals beschäftigt. Die Bezirksversammlung Charlottenburg hat die Anlage eines Straßenbahnhofs an dieser Stelle einstimmig abgelehnt. Anlieger, Parteien und

sonstige Interessenten und Organisationen haben Proteste bis an die höchsten Instanzen eingereicht. Zurzeit befindet sich die Angelegenheit in der Schwebe. Die Straßenbahn-Gesellschaft versucht nun, unter den Organisationen, die gegen die Anlage des Bahnhofs aus eigenem wie Allgemeininteresse protestierten, Zerspaltung herbeizuführen, indem sie einen Geländeteil zu günstigen Verkaufsbedingungen anbietet unter der Voraussetzung, daß der eingereichte Protest gegen die Bahnhofsanlage zurückgezogen wird. Wegen ein derartiges Postaufen von Protesten wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein. Das geplante Städtebaugesetz weist neue Wege, alle Stellen, auch die Straßenbahn-Gesellschaft, sollten zeigen, daß wir vorwärts und nicht rückwärts wollen. Deshalb Hände weg von diesem Wohnviertel.

Die Wohnungsnot in Berlin.

Der Anteil an der Hauszinssteuer muß erhöht werden.

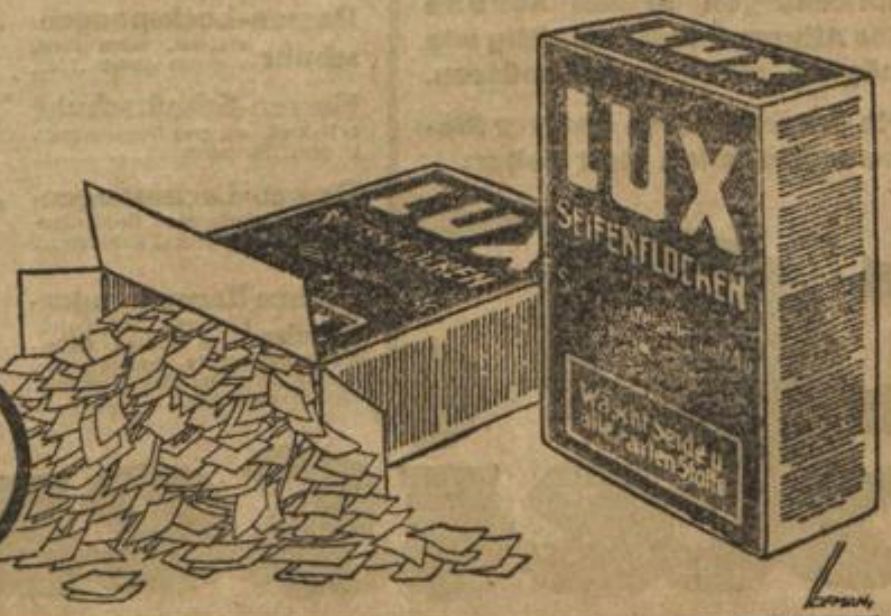
Ueber Wohnungsnot und Neubautätigkeit in Berlin wird uns von der städtischen Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen folgendes geschrieben:

In der Öffentlichkeit wird immer wieder die Auffassung vertreten, daß die bei der Tagung der Vereinigung deutscher Wohnungsämter aufgestellten Behauptungen bezüglich des Bestehens einer ungeheuren Wohnungsnot stark übertrieben seien; ja es wird sogar behauptet, daß die erfreulicherweise in etwas stärkerem Maße sich bemerkbar machende Neubautätigkeit die bisher vorhanden gewesene Wohnungsnot beseitigt habe.

Diese Ansicht ist — soweit Berlin in Frage kommt — völlig unzutreffend. Zunächst reicht die bisherige Neubautätigkeit nicht in entferntester aus, um eine irgendwie fühlbare Abnahme der Zahl der eingetragenen Wohnungsuchenden herbeizuführen. Hierzu kommt, daß der Zustrom nach den Großstädten und hier wieder ganz besonders nach Berlin ungeheuer groß ist. Obwohl die nach Berlin zuziehenden Reichsdeutschen vom Zentralamt für Wohnungswesen einen Wohnberechtigungsschein nur dann erhalten, wenn sie eine Tauschmöglichkeit von außerhalb nach Berlin nicht haben, in Berlin bereits polizeilich gemeldet sind und den Nachweis führen, daß ihr Beruf sie an Berlin bindet, sind im Jahre 1924 rund 9000 Wohnberechtigungsscheine für von außerhalb nach Berlin zuziehende Reichsdeutsche ausgegeben worden. Diese Zahl von 9000 wird sich nach den bisherigen Feststellungen und Erfahrungen in diesem Jahre trotz schärfster Handhabung der in Frage kommenden Bestimmungen um mindestens 70 Proz. d. h. auf rund 16000 erhöhen. Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Wohnberechtigungsscheine nicht für Einzelpersonen, sondern stets für eine Haushaltung ausgestellt werden. Erfahrungsgemäß gehören nun zu jedem Haushalt durchschnittlich etwa 3 bis 4 Personen. Hieraus ergibt sich, daß im Jahre 1924 ohne Tauschmöglichkeit nach Berlin zugezogen sind rund 9000 reichsdeutsche Haushaltungen mit etwa rund 30000 Angehörigen. Demgegenüber steht auf der anderen Seite — in wohnungswirtschaftlicher Beziehung betrachtet! — so gut wie gar kein Abgang, da die von Berlin fortziehenden Personen, die sich im Besitze einer eigenen Wohnung befinden, erfahrungsgemäß fast ohne Ausnahme ihre Wohnung mit einem von außerhalb Zuziehenden tauschen. Durch die auf diese Weise nach Berlin zuziehenden Personen, die eines Wohnberechtigungsscheines nicht bedürfen, wird daher der Wohnungsmarkt nicht besetzt. Die Stadt Berlin kam aus dem gesamten Aufkommen der Hauszinssteuer im Jahre 1925 nur etwa rund 8000 Neubautwohnungen mit billigen Hypotheken ausstatten. Stellt man diese Zahl der nach den obigen Ausführungen für dieses Jahr zu erwartenden Zahl von 16000 ohne Tauschmöglichkeit nach Berlin zuziehenden reichsdeutschen Familien gegenüber, so ergibt sich, daß die mit Hilfe der Hauszinssteuer im Jahre 1925 neu errichteten Wohnungen, wenn sie nur für die Zuziehenden errichtet würden, gerade dazu ausreichen würden, die Hälfte hiervon unterzubringen. Hierzu kommt, daß durch eine neue Anordnung Rinderleihen und Kriegsbeschädigten erhöhte Hypotheken aus der Hauszinssteuer gewährt werden sollen, wodurch die Zahl der mit Hilfe der Hauszinssteuer zu errichtenden Wohnungen noch erheblich unter 8000 heruntersinken wird. Ferner kommt hinzu, daß infolge der rigorosen Maßnahmen der polnischen Regierung etwa 35000 deutsche Distanzen in kürzester Frist aus Polen ausgewiesen werden. Diese bevorzugt unterzubringen, ist Pflicht der Gemeinden. Daß dies wieder eine starke Befastung des Wohnungsmarktes bedeutet, bedarf keiner weiteren Begründung. Aus alledem ergibt sich, daß von einem Zurückgehen

Damit werden LUX-Seifenflocken, die Sie bisher vor allem für Seide, Wolle und alle feine Wäsche brauchten, in ihrem Haushalt erheblich vielseitigere Verwendung finden können. Erproben Sie Ihre wunderbare Eignung für die Haarpflege und die Kleinkinderwäsche.

LUX
Seifenflocken
billiger!
Neuer Preis **50**



Die Geschichte des Bienenstocks.

Von Leo Tolstoj

Die erste Version der Geschichte des Bienenstocks wurde von einer Drohne, dem Historiographen Prupru, die zweite von einer Arbeitsbiene verfaßt.

Die von der Drohne verfaßte Geschichte des Bienenstocks mit dem Rindendeckel beginnt mit dem Verzeichnis der benutzten Materialien und Quellen. Diese Materialien und Quellen sind: die Memoiren berühmter Drohnen; der Briefwechsel Seiner Hoheit des Kronprinzen Debe des Leiters mit Seiner Durchlaucht Kuku dem Jüngeren; das Journal der Hofstauriere, die mündlichen Uebersetzungen, Lieder und Romane der Drohnen; die Akten der zwischen Drohnen und Bienen geführten Kriminal- und Zivilprozesse; die Reisebeschreibung der Käfer, der Wägen und der Drohnen aus anderen Bienenstöcken; die statistischen Angaben über die Menge des Honigs in den verschiedenen Lebensperioden des Bienenstocks.

Die von dem Historiographen Prupru verfaßte Geschichte des Bienenstocks mit dem Rindendeckel beginnt mit der Zeit des ersten Schwärmens der Bienen und dem Erscheinen der ersten Drohnen. Nach der Schilderung der Drohne Prupru war die Zeit vom 6. Juni bis zum Peter-Pauls-Tag die Blütezeit des Bienenstocks mit dem Rindendeckel. Die Nacht und der Reichtum des Bienenstocks erregte die Aufmerksamkeit aller anderen Bienenstöcke, weckte den Neid der Nachbarn und lockte berühmte Besucher an. Der Bienenstock stand damals unter der höchstgelegenen Protektion des Großvaters Ansim. Zu dieser Zeit arbeiteten sämtliche Bienenstöcke, und auch die Bewohner des Bienenstocks mit dem Rindendeckel waren eifrig an der Arbeit. Der Hauptvorzug dieses Bienenstocks ober bestand darin, daß er zuerst unter allen Bienenstöcken die Drohnen zur Welt gebracht hatte, die ihm sowohl durch ihre innere Verwaltung wie durch ihre auswärtigen Beziehungen zum Ruhme verhelfen. Es gibt und gab zahlreiche Bienenstöcke ohne historischen Ruhm. Sie leben, ohne sich ihrer Existenz bewußt zu werden — leben und sterben im Dunkel der Vergessenheit; ganz anders aber stand die Sache bei dem Bienenstock mit dem Rindendeckel.

Am zweiten Nachmittagsstunde, als die Arbeitsbiene einem Postler gleich ihre ununterbrochene hergebrachte niedrige Arbeit verrichtete, indem sie Honig und Blütenstaub für die Kinder herankleppte, flogen die Drohnen zum erstenmal aus. Die diesen Flug mitangesehen haben, behaupten einstimmig, daß die Welt niemals ein so großartiges Schauspiel erlebt habe. Die großen, schwarzen, zottigen, feisten Drohnen, eine prächtiger als die andere, kamen aus dem Flugloch hervor, und anstatt wie die einfachen Bienen sofort über den Zaun in den Wald und auf die Wiese nach Nahrung zu fliegen, stiegen sie in die Höhe, beschriebenen einen Kreis in der Luft und schwebten wie die Adler über den Bienenstöcken dahin. Dieses Schauspiel war so herrlich und grandios, daß man es ohne Tränen der Rührung nicht ansehen konnte, und noch grandioser wurde es durch seine tiefere Bedeutung. Nachdem die Drohnen den Bienenstock verlassen hatten, verkündete jede einzelne von ihnen mit lauten Trompetentönen ihre Ansicht über die Aufgaben der Staatsverwaltung und die in ihr bevorstehenden Veränderungen und Reformen. Die Aufmerksamkeit der Versammlung war vorzugsweise auf die Lage und die Tätigkeit der Arbeitsbienen gerichtet, die nach der allgemeinen Auffassung als unbefriedigend und verbesserungsbedürftig angesehen wurde. Die Versammlung verteilte die verschiedenen Verwaltungsgebiete unter sich und schritt sogleich zur Erörterung der Maßnahmen, die die Tätigkeit der Arbeitsbienen heben und fördern sollten. Man wählte die Regenten, ihre Gehilfen und die Gehilfen der Gehilfen, den Moralsensor, die Aufseher, Hüter der Stillschheit, Richter, Priester, Dichter, Redner, und für alle wurde ein bestimmtes Gehalt nebst Gratifikationen festgesetzt. Nach Ansicht der Wähler wie der Gewählten hatte man die hervorragendsten Drohnen gewählt. Unter ihnen befanden sich alle Leuchten der Wissenschaft, jene Schar berühmter Geister, die ihrer Zeit den unauslöschlichen Stempel der Größe aufgedrückt hatten.

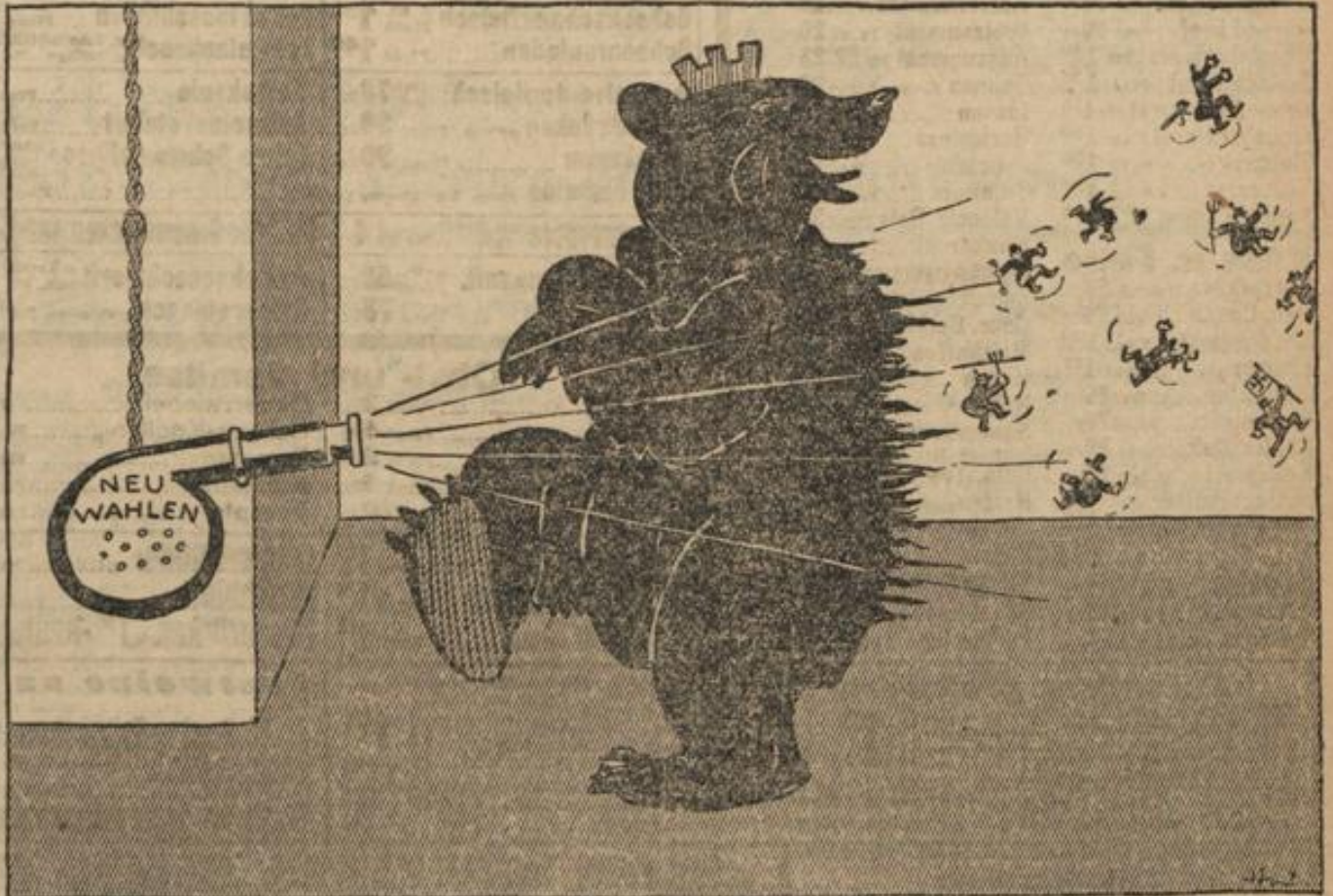
Lange umkreisten sie mit lautem Trompetenschall die Bienenstöcke und stießen dabei mit den nach Futter ausfliegenden Arbeitsbienen zusammen, die die ganze Größe des zu ihrem Besten vollbrachten Wertes noch gar nicht begriffen. Biebsach waren die dankbaren Bienen sich gar nicht klar darüber, was die Drohnen alles für sie taten, und sie äuferten, wenn sie unter sich waren, sogar ihre Unzufriedenheit über deren Tätigkeit. So findet sich in dem Tagebuch einer Biene aus dieser Zeit folgende Stelle:

„Unsere Herren waren heute ganz außer Rand und Band, wohl vier und eine halbe Stunde lang umkreisten sie die Bienenstöcke ohne jeden Zweck und stürzten das Volk nur bei der Arbeit. Erst gegen vier Uhr entfernten sie sich. Obgleich sie nichts getan hatten, waren sie doch ganz erschöpft und begannen sogleich draußenzufressen. Nun, Gott verzeih' ihnen. Es wird auch für sie reichen. Nur schade, daß sie uns bei der Arbeit stören.“

Am folgenden Tage begannen die Drohnen ihre Amtstätigkeit. Außerlich sahien es, als täten sie dasselbe wie früher. Aber das sahien nur jene so, die nichts von der Sache verstanden. In Wirklichkeit hatten sie eine überaus schwierige und verwickelte Befähigung. Hier ein Auszug aus dem Tagebuch eines der tätigen Funktionäre:

„Ich bin einstimmig zum Organisator des regelmäßigen Ausflugs der Arbeitsbienen gewählt worden. Meine Arbeit ist ungemein schwer und kompliziert; ich bin mir ihrer enormen Wichtigkeit wohl bewußt und suche sie daher, ohne meine Kräfte zu schonen, auf die allerbeste Weise zu verrichten; ich allein vermag jedoch diese Arbeitslast nicht zu bewältigen, und so habe ich mir denn A. als Gehilfen hinzugenommen. Ich tat das um so lieber, als der Leiter meiner Tante mich gebeten hatte, ihm eine Stelle zu verschaffen. Ebenso handelte ich in bezug auf B., C. und D. Und auch sie werden wieder Gehilfen nötig haben, so daß wir in unserem Departement insgesamt etwa drei Duzend Personen sein werden. Ich habe dem hohen Rat berichtet, daß wir für unsere Tätigkeit unbedingt zwei Wägen mit Honig brauchen. Der diesbezügliche Beschluß wurde einstimmig gefaßt, und wir nahmen sogleich unsere Amtstätigkeit auf: wir verbrachten die ganze Nacht auf den Wägen und aßen Honig. Der Geschmack des Honigs ist nicht übel, es steht jedoch zu erwarten, daß er noch besser wird, wenn mein diesbezügliches Projekt zur Annahme gelangt. Am folgenden Tage habe ich auf der Generalsammlung mein Projekt dargelegt. „Meine Herren,“ sagte ich, „wir müssen vor allem die Maßnahmen in Erwägung ziehen, die es uns

Der Bär in Wahlstimmung.



„Heil dem Föhn, der mir die reaktionären Fische vertreibt!“

ermöglichen, die Grundzüge auszuarbeiten, auf denen wir das Programm unserer Tätigkeit aufbauen können.“ Die Meinungen gingen auseinander. Debe der Leitende, der Vorsitzende, stellte den Antrag auf Abstimmung. Die Frage jedoch, ob abgestimmt werden solle oder nicht, erschien nicht genügend geklärt, und so beschloß man, eine Kommission zu wählen, die die Abstimmungsfrage untersuchen und in der nächsten Sitzung einen Bericht vorlegen soll . . .

Ebenso eifrig arbeiteten auch die anderen Drohnen, und dank ihren Bemühungen gedieh der Bienenstock immer mehr und mehr. Jeden Tag flogen die regierenden Drohnen aus, durchschwärmten die Luft, berieten und entschieden alle wichtigen Staatsangelegenheiten, und am Abend kehrten sie dann in den Bienenstock zurück, warfen sich auf die Wägen und stürzten sich an dem Honig, der für sie bereitgestellt war. Ihr Glück wie auch das Glück des ganzen Bienenstocks war vollkommen. Allerdings fand eine kleine Umwälzung statt, die dadurch hervorgerufen wurde, daß ein Teil der Arbeitsbienen es plötzlich aus irgendwelchen Gründen für notwendig fand, mit der Mutterbiene den Bienenstock zu verlassen und sich auf einem Ebereschenast niederzulassen. Ein so willkürlicher Akt der Bienen hätte den Einfluß der Drohnen vernichten können, wenn diese nicht in kluger Voraussicht, während der Auszug der Bienen stattfand, ihn gleichsam als Zwangsmahregel angeordnet hätten, damit die Bienen nicht etwa auf den Gedanken kämen, sie hätten diesen Beschluß aus eigener Machtvollkommenheit, ohne Wissen und Willen der Regierung, gefaßt. Die ausgeschwärmten Bienen wurden in Licht und Bann getan, die im Bienenstock zurückgebliebenen aber führten fort, den Drohnen zu gehorchen und für ihren Unterhalt zu sorgen. Gegen Ende August jedoch traten Anzeichen einer unigen Gärung hervor.

Eines Abends kehrten die Drohnen nach ihrem Ausflug in den Bienenstock zurück und fanden alle Wägen von den Arbeitsbienen besetzt, die ihnen den Zutritt verwehrten. Voll Entrüstung entfernten sie sich und flogen in die anderen Bienenstöcke. Doch auch dort wiederholte sich das gleiche: sie wurden nirgends eingelassen. Offenbar war nun alles verloren. Die Drohnen machten noch einen letzten verzweifelten Versuch, in ihren Bienenstock einzudringen, aber die Arbeitsbienen ließen sie nicht nach oben, sondern trieben sie nach unten, wo es kalt war und kein Futter gab. Und so blieb es auch am zweiten und dritten Tage. Die Drohnen wurden mager und dürr und starben eine nach der anderen. Nicht eine von ihnen erniedrigte sich so weit, durch eigene Arbeit für ihren Unterhalt zu sorgen.

Die Bienen trieben da oben irgend etwas und sahen summend auf den Wägen. Aber — wie die Historiker der Drohnen schreiben — kamen sie in der allgemeinen Anarchie um, nachdem sie ihrer Führer beraubt waren.

Der Angehörige der Bienen gegen die Drohnen besiegelte ihren Untergang. Sie kamen um. Damit endet die Geschichte des Bienenstocks mit dem Rindendeckel, nach der Darstellung der Drohnen.

Die von den Arbeitsbienen geschriebene Geschichte stimmt mit dieser Version nicht überein. Nach der von ihnen gegebenen Darstellung begann das Leben des Bienenstocks schon bei Anbruch des Frühlings, nachdem er in die Sonne hingestellt worden war. Die hungrigen Bienen flogen sofort, nachdem sie sich entleert hatten, zum blühenden Weidenbaum, den sie summend umschwärmten, und trugen den Blütenstaub an den Füßen und den Honig im Leibe heim. Das Leben der Bienen war nach den Worten ihres Geschichtsschreibers ein ununterbrochenes Fest der Arbeit. Nacheinander sproßen und blühten die Knospen ringsum auf: die Apfelbäume, die Sträucher, die Feldblumen, und zu der Freude an der Arbeit gesellte sich die Freude an der blühenden Natur. Im Bienenstock entwickelten sich die Larven, aus denen die Arbeitsbienen, die Drohnen und die Bienenmütter hervorgingen, und die Zellen füllten sich mit düftigem Honig. Es war alles in solchem Ueberfluß vorhanden, daß ein neuer Wohnsitz ausgesucht werden mußte. Die Bienen ließen die Drohnen zur Welt kommen, von denen sie einer zeitweilig zur Befruchtung der neuen Bienenmütter bedurften. Gleichzeitig fütterten sie noch drei weitere Bienenmütter auf, obgleich sie nur einer benötigten. Nun nahte der wichtige

Augenblick: infolge der allzu starken Vermehrung mußte die Scheidung eintreten.

Die Arbeit ging in dieser Zeit in verstärktem Maße vor sich. Da kamen die Drohnen zum Vorschein und begannen am Nachmittag zu trompeten und über dem Bienenstocke zu kreisen. Die Bienen hatten keine Ahnung davon, welche Bedeutung die Drohnen sich zuschrieben, sie ließen jedoch ihren Rühgung und ihre Geschäftigkeit zu, weil sie erstens sich sagten, daß sie einer von ihnen benötigten, und weil zweitens alles in Hülle und Fülle vorhanden war und man selbst für die faulen und überflüssigen Drohnen den Honig nicht zu sparen brauchte. Gerade in der Zeit, da die Drohnen sich einbildeten, daß sie die Bienen regierten, schrieb eine Biene in ihr Tagebuch (Heft 4, Seite 5):

„Ende Mai fand ein großes Ereignis statt — die Bienen entließen die alte Königin in ein neues Reich, während sie selbst mit der neuen, befruchteten Königin zurückblieben, die sogleich Eier zu legen begann. Die Bienen kamen zur Blüte, und nun mußten die kleinen aufgefütterten und Honigvorräte für den Winter gesammelt werden. Die Blüten waren voll und kräftig und nicht vom Regen bespült, und die Bienen sammelten eine reiche Ernte ein. Es war aber auch für den Winter recht viel Honig nötig. Inzwischen meinten die Drohnen, die sich eine ihnen keinesweges zukommende Bedeutung zuschrieben, daß die Bienen ohne sie nicht auskommen könnten, und fuhren fort, die Vorräte der Arbeitsbienen zu verschlingen. So ging es eine Zeitlang fort, bis die inneren Anforderungen des Bienenstocks stärker und stärker wurden. Die Blütezeit ging zu Ende, und so kam es, daß die Bienen, ohne Verabredung und Beschluß, überall zu gleicher Zeit den Drohnen den Zutritt zum Honig verwehrten, sie nach unten trieben und die Fressen und Unmühen beim Schöpf nahmen. Die Drohnen gingen alle zugrunde, der Bienenstock aber ward nicht nur nicht vernichtet, sondern sah im blühendsten Zustande dem Winter entgegen. Der Herbst brach an. Die Bienen wurden still, trocken an ihre Wägen, hielten die Kinder hübsch warm und erwarteten wohlgenut die Wiederkehr des Frühlings und der Lebensfreude.“

Zwanzig Jahre Flugzeug. Am 5. Oktober waren zwanzig Jahre vergangen seit dem Tage, an dem die Brüder Orville und Wilbur Wright jenen ersten Flug unternahmen, durch den sie den Menschen bewiesen, daß ihr System „Schwerer als die Luft“ ebenfalls erfolgreich in Konkurrenz treten kann. Zwanzig Jahre ungeachtet, für unmöglich gehaltener Entwicklung. Damals ein Flug von 38 Minuten über 39 Kilometer, heute weit über 24 Stunden mit einer Geschwindigkeit von mehr als 150 Stundenkilometer. Die Ergänzung der Villenhofischen Pläne durch Andringung eines Motors, einer eigenen Kraftquelle, war ausschlaggebend für den Erfolg der beiden Brüder, die von den an Reklame gewöhnten und auch sonst recht leichtgläubigen Amerikanern nur mit dem Motto „lying or flying“ (lügen oder fliegen) verhöhnt wurden. Es dauerte natürlich viele Jahre, ehe das damalige Ergebnis erreicht war. Die Brüder Orville und Wilbur Wright wurden am 19. August 1871 bzm. 16. April 1867 in Dayton, das wir aus dem berühmten „Asienprophet“ her kennen, geboren. Der Vater war dort Geistlicher, seine Frau war eine geborene Deutsche. Wilbur Wright starb am 30. Mai 1912 am Typhus. Bereits 1903 konstruierten die Brüder einen Rotor, der sich gegenüber den bisher üblichen durch seine Leichtigkeit auszeichnete, und bauten ihn in ihr Flugzeug ein. Der erste Flug dauerte 12 Sekunden, der vierte 59 Sekunden, wobei etwa 340 Meter gegen den Wind zurückgelegt wurden. Am 17. Dezember gelang ein Flug von 1 1/2 Minuten. Kurz darauf wurde die Maschine durch einen Sturm zerstört. Mit einer neuen gelang am 5. Oktober 1905 der erste bedeutende Flug.

Jahre rastloser Arbeit vergingen. Schauflüge im Auslande, darunter auch in Deutschland, Studien, Berechnungen, Vermessungen, Verbesserungen des Motors usw. Im Jahre 1909 wurde zum erstenmal ein Passagierflug unternommen.

Die Entwicklung des Flugzeuges wurde in allen Staaten für Kriegszwecke gefördert und begünstigt. Heute tritt die Flugmaschine bereits als scharfe Konkurrentin der Eisenbahn auf. An seine Straßen gebunden, durch keine Verkehrshindernisse behindert, bildet sie ein bereits allgemein beliebtes Verkehrsmittel. Die Zeit der Versuche ist vorüber, das Ergebnis ist eine intensive Ausnutzung im Reiseverkehr. Den Brüdern Wright aber gebührt das Verdienst, der Villenhofischen Ideen, die schon fast begraben waren, zum Siege verholfen zu haben.

*) Aus: Leo Tolstoj, Gesamt Ausgabe. Das dichterische Werk in 14 Bänden. J. Labajnschikow Verlag, Berlin.

